

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Die Postgebühren nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundsechzigster

Jahrgang.

Inserate 1/4 Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, wenn die Verhältnisse höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen-Annahme-Bureau der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (G. S. Alric & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichsstraßen-Ecke Nr. 4; in Magdeburg bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Caspriel; in Grätz bei Hrn. Louis Streisand und Hrn. P. Kempner; in Bromberg G. S. Wiltter'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Mosse; in Berlin: A. Nelemer, Schloßplatz; G. Adreht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Rastatt, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Rabatz; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M. J. Paus & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 9. Novbr. Se. M. der König haben Allernachst geruht: Dem R. württembergischen Obersten und Chef des Generalstabes v. Suckow den Rothen Adler-Orden II. Kl.; dem Artillerie-Major v. Sauer, Flügel-Adjutanten Sr. M. des Königs von Bayern, den Kronen-Orden II. Kl.; dem bisherigen Direktor und Konventual am Pädagogium zum Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg, Professor Dr. Grafer, den Rothen Adler-Orden IV. Kl.; dem praktischen Arzt Hornburg zu Jellin, Kr. Königsberg N. M., dem früheren Bundes-Konsul in Singapur, Kaufmann von der Heyde in Bremen, dem Architekten Rosenkranz zu Hamburg und dem Ingenieur der Docks und Entrepôts zu Marseille, Barret, den Kronen-Orden IV. Kl., sowie dem Kreisgerichtsrath und Exekutor Meyer zu Maffow das Allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Reg.-Rath-Inspizitor Reichel zu Marienwerder, bei seiner Versetzung in den Ruhestand, den Charakter als Reg.-Rath zu verleihen.

Der Aufstand in Dalmatien.

Als die ersten Nachrichten von einer Insurrektion in Dalmatien durch die österreichischen Blätter gingen, da möchte man glauben, es handle sich hier um das momentane Aufwallen des Mißvergnügens, welches die freien Bergbewohner der Bocche über den Zwang empfanden, nun auch in den Waffenrock kriechen und als Landwehrleute unbenutzte Rekrutenübungen mitmachen zu müssen. Die österreichische Regierung hatte sie bisher von den Pflichten des seit Anfang des Jahres 1868 bestehenden allgemeinen Wehrgesetzes nichts verspüren lassen; plötzlich ging sie mit der Ausschreibung für die Landwehr energisch vor, da konnte wohl die aller geordneten Zivilregierung abholde Bevölkerung des langgestreckten Küstenstriches renitent werden und den Anordnungen der Behörde mit den Waffen in der Hand entgegentreten.

Aber es war ersichtlich, daß die kleine Rebellenhaare ohne Hintermänner, ohne die Fähigkeit einer regulären Kriegsführung, ohne die unentbehrliche Bevorratung mit Munition und Lebensmitteln sich höchstens nur einige Tage gegen die Uebermacht der heranmarschirenden Truppen würde halten können. Man legte unter solchen Umständen dem Aufstande keine besondere Bedeutung bei und glaubte, ihn in kürzester Frist bewältigen zu können.

Nun aber der Aufstand schon vier Wochen lang andauert, ohne daß die Truppen ihm beizukommen vermögen, hat man zu schärfern Gläsern seine Zuflucht genommen und durch dieselben eine weitverbreitete slawische Verschwörung entdeckt, die wohl geeignet ist, der österreichischen Regierung nicht minder wie der Pforte dringende Sorgen zu verursachen.

Dalmatien ist in seiner Wichtigkeit von den österreichischen Staatsmännern stets unterschätzt worden. Die Lösung der orientalischen Frage ist ein Gelpfenst, das zwar zeitweise verschluckt werden kann, aber in nicht allzuferner Zukunft leibhaftig Gestalt annehmen wird. Nur im Besitz Dalmatiens darf Oesterreich hoffen, an dieser Lösung mitentscheidenden Antheil nehmen zu können. Von hier aus hat es seinen festen Punkt, als dessen Inhaber es einen Theil des Mittelmeers beherrscht. Zugleich ist für das österreichische Binnenland die durch Dalmatien hergestellte Verbindung mit der See eine Existenzfrage.

Die österreichische Politik aber hatte sich gewöhnt, Dalmatien als ein Land ohne alle Hilfsquellen, als eine passive Domäne anzusehen, und so ward es ihr schließlich zu einer terra incognita, auf der sie jetzt mit ziemlicher Unsicherheit ihre Operationen bewerkstelligt. Der bürokratische Mechanismus ist nicht mehr im Stande, den in Feuer und Sturm sich manifestirenden Volksgeist zu ersticken; die Regierung ist in der unheimlichen Lage, gegen ihre eigenen Unterthanen ihr Militär ins Feld führen zu müssen. Von den Höhen herunter steigen die Söhne der schwarzen Berge, um ihren bedrängten Stammesgenossen Hilfe zu leisten; russische Agitation thut das Ihrige, um das Feuer zu schüren und ihm einen breiten Heerd anzuwiesen, die Pforte, die anfänglich ihrerseits zur Niederwerfung des auch sie gefährdenden Aufstandes die Hand bieten wollte, wird durch russische Proklamationen davon abgehalten; in der That! die österreichische Regierung muß sich spüren, will sie verhindern, daß die Lawine nicht ins Rollen kommt und unscheinbare Anfänge eine großartige slawische Agitation und in deren Gefolge eine Lösung der orientalischen Frage herbeiführen, die Oesterreich für jetzt ungelogen kommen möchte.

Am 7. Oktober begann der Aufstand; die Insurgenten gingen sofort mit der Zernirung des Forts Dragal, das eine winzige österreichische Besatzung inne hatte, vor. Zur Entsehung des Forts sandte man von Rijano aus 50 — sage funfzig — Mann, die von den überlegenen Feinden überwältigt wurden, den Führer, Oberleutnant Rinkel nahmen sie sogar gefangen und zerließen ihn auf kanibalistische Weise in Stücke. Da erst sah man sich veranlaßt, größere Truppenmassen nachzuschicken und einige Schiffe von der See aus zur Blockirung der Küste zu verwenden. Die Insurgenten hatten inzwischen immer mehr an Terrain gewonnen, die Höhen von Rijano waren in ihrer Hand, 800 Rajahs und Czernagorzen hatten sich ihnen angeschlossen; und der Kaiser mußte seine Reise nach dem Orient mit dem beunruhigenden Gefühl ansetzen, daß Etwas faul sei in seinen Landen. Er gab vor seiner Abreise dem Kriegsminister Generalvollmacht und dies war das erste Zeichen, daß man den Aufstand in seiner Gefährlichkeit zu begreifen angefangen hatte. Nun

erst ward in Cattaro das Standrecht publizirt, und mit strammern militärischen Maßregeln vorgegangen. Rijano wurde genommen, nicht mehr nur, wie es vorher geheissen hatte, mit Kanonenfeuer „beschieden“, dem Fürsten von Montenegro, in dessen Loyalität man anfing, einige Bedenken zu setzen, seitdem in Trieste ein montenegrinisches Schiff mit Pulver und Gewehren konfisziert worden war, wandte man mehr Aufmerksamkeit zu. Man kam mit der Pforte über gemeinsame Maßregeln zur Erstückung des Aufstandes überein und ernannte schließlich den Grafen Karl von Auersperg zum Oberstkommandirenden der nach Cattaro gesandten Truppen, indem man ihm ein möglichst energisches Vorgehen anempfahl. Bis zu der Zahl von 15,000 waren die Schaaren der Aufständischen angewachsen, die in kompakten Massen und mit militärischer Ordnung, mit guten Miniebüchsen bewaffnet, den Truppen entgegenritten. Der erste Offensivstoß der Brigade Joanovic war bekanntlich mißglückt; erst der zweite Angriff gelang, die Zupa wurde unter starken beiderseitigen Verlusten erobert, und die Insurgenten boten bedingte Unterwerfung an. Da diese nicht akzeptirt wurde, begann der Waffentanz von Neuem und ist, wie die neuesten Telegramme melden, so erfolgreich seitens der österreichischen Truppen eskalirt worden, daß bald eine völlige Unerwerfung der gesammten Bocchen zu erwarten steht.

Drei Wochen lang hatte man sich Seitens des österreichischen Kommandos geschaut, die Offensive zu ergreifen. Weil vor 20 Jahren dieselbe Bevölkerung des dalmatinischen Küstenstrichs, da sie sich erhoben hatte, um der Zahlung von Steuern sich zu widersetzen, durch bürokratische Einhaltungen, durch Konzediren und Wiedernehmen beruhigt worden war, schien man auch diesmal vorerst auf diplomatischen Wege mit ihnen fertig werden zu wollen, und sandte den Obersten Joanovic und Hauptmann Tröwel, die mit ihren Sitten und Bräuchen vertraut waren, als Parlamentäre zu ihnen. Doch diesmal halfen die friedlichen Verhandlungen nichts; sie hätten höchstens den Aufstand auf Jahre hinaus permanent machen können. Ein energisches militärisches Vorgehen mußte möglichst schnell den Funken hier löschen, damit er sich nicht mit den andern in Böhmen, Galizien und an der Militärgrenze glimmenden Funken zu einem großen Revolutionsfeuer verbinde und ganz Oesterreich in Brand stecke.

Für jetzt dürfte der Aufstand Dalmatiens, der den knappen Rahmen, in dem er sich von Anfang an lokalisiert hatte, nicht gesprengt hat, als bewältigt zu erachten sein. Außerlich betrachtet war er allerdings nur der Putz einer renitenten Bevölkerung, schaut man ihn schärfer an, so entdeckt man unschwer in ihm die Spuren des zürnenden Volkswillens, der in anderer Weise zugleich die Czechen, die Ruthenen, die Bosniaken u. a. befeuert. Wie ein glimmendes Feuer unter einem Dache so lange züngelt, bis es in lichter Flamme an einer, dann an einer zweiten, dritten Stelle durchbricht, so war auch diese Insurrektion der Bocchen nur eine von den vielen morschen Stellen am österreichischen Staatskörper, durch welche die verhaltene Glut zum Durchbruch kam.

Die österreichischen Staatsmänner werden daraus die Lehre zu ziehen haben, daß in einem großen Staatsganzen auch der winzigste Theil nicht der Fürsorge der Verwaltung entzogen sein darf, und daß das fortwährende Liebäugeln mit den Ungarn in allen andern Stämmen das Gefühl der Hintanziehung, des Vernachlässigtheits bis zur allgemeinen Empörung steigern kann.

Berichtigung. In unserem gestrigen Heft ist ein sinnentstellender Druckfehler stehen geblieben. Die betreffende Stelle muß heißen: ... an der vollen Durchführung dieses Gedankens (Betheiligung der Gemeinde an dem Aufbau einer neuen Kirchenverfassung) hat nicht eine gewisse Aengstlichkeit gehindert, die ... aus der Besorgnis, die bisherige von Staats wegen (nicht Staatswegen) behauptete Herrschaft zu verlieren, entstanden sein mag. Statt: in den 6 alten Provinzen muß es heißen: 6 östlichen Provinzen. In Westfalen und der Rheinprovinz gilt bereits eine bessere Kirchenordnung.

Der Verkauf der braunschweigischen Staats-Eisenbahnen.

B. A. C. Im Abgeordnetenhaus ist eine von allen Parteien unterstützte Anfrage an das Staatsministerium gerichtet worden, ob dasselbe geneigt sei, das der preussischen Staatsregierung zustehende Widerspruchsrecht gegen den Verkauf der braunschweigischen Staats-Eisenbahnen an eine Privatgesellschaft auszuüben oder nicht. Nebenbei gesagt, ist diese Privatgesellschaft genau dieselbe, welche die Hundertmillionen-Premienanleihe zu machen beabsichtigte; es sind dieselben großen Banthäuser und mögen auch Einige, welche an jenem Geschäft theilhaft waren, an diesem nicht partizipiren, so bleibt hier wie dort die Berliner Diskontogesellschaft die Unternehmern. Es fragt sich, welches Interesse der preussische Staat daran hat, von seinem Widerspruchsrecht gegen den Verkauf der braunschweigischen Staats-Eisenbahnen keinen Gebrauch zu machen? Unserer Ueberzeugung nach weist das preussische Staatsinteresse ganz gebietend darauf hin, daß die preussische Staatsregierung Alles thue, um jenen Verkauf zu verhindern. Betrachtet man das Geschäft eben rein als „Geschäft“, so ist gar nicht abzusehen, was der braunschweigische Staat für eine Veranlassung haben kann, seine Bahnen zu verkaufen. Braunschweig hat keine hohen Steuern; das Land ist wohlhabend und die Staatsguths nicht drückend. Man will, wie es heißt, die Einnahme, welche aus dem Verkauf der Staats-Eisenbahnen fließen, dazu benutzen, um die braunschweigische Staatsguths zu tilgen; den darüber hinausverbleibenden, mehrere Millionen betragenden Rest aber will man dazu benutzen, um den einzelnen Kreisen „Kreiskassen“ als Eigenthum zu überweisen. Also mit anderen Worten: Man will Vorbereitungen für den Fall treffen, daß, wenn Braunschweig ein-

mal an Preußen fallen sollte, Preußen nicht in der Lage ist, die braunschweigischen Staats-Eisenbahnen als Staatseigenthum an sich zu ziehen; man will vielmehr das in demselben stehende Kapital, insoweit es nicht zur Tilgung der zum Bau dieser Bahnen aufgenommenen Staatsschulden verwendet wird, von vornherein als Kommunalvermögen der Kreisverbände reserviren und dadurch sich für den Fall der vorausichtlich erfolgenden Annexion an Preußen sicher stellen. Preußen wäre also thöricht, wenn es diese Bilanzlegung zulassen wollte und nicht von seinem, aus den mit Braunschweig abgeschlossenen Eisenbahnverträgen ihm zustehenden Widerspruchsrecht gegen den Verkauf Gebrauch machte. Aber noch von einer andern Seite her ist die Frage zu berücksichtigen. Wie steht es mit der braunschweigischen Staatssulzfession? Der nächste Allobialerbe des Herzogs von Braunschweig ist der König Georg V.; Preußen kann unmöglich dulden, daß dieser die Nachfolge im Herzogthum Braunschweig antritt. Dieses Nachfolgerecht ist mit dem Verlust des Königreichs Hannover für den König Georg verloren gegangen; die Staatssulzfession in das Herzogthum Braunschweig ist mit dem Besitz des Königreichs Hannover untrennlich verbunden; wir müssen wenigstens unsererseits behaupten, daß die Krone Preußen zur Zeit der einzige mögliche Nachfolger der gegenwärtigen Herzogs von Braunschweig in diesem Herzogthum ist. Auch aus diesem Grunde hat Preußen ganz unzweifelhaft das Recht gegen die Mobilisirung des braunschweigischen Vermögens Einspruch zu erheben. Es ist stets in Deutschland so gehalten worden, daß, wenn in einem Lande das regierende Fürstenhaus dem Aussterben nahe war, die zur Nachfolge Berufenen sich bei Zeiten um das, was in jenem Lande vorging, bekümmerten, und namentlich über die Erhaltung des Vermögensbestandes ein wachsam Auge hatten. Daß der Erlös aus dem Verkauf der braunschweigischen Staats-Eisenbahnen zum Theil zur Tilgung von Staatsschulden dienen soll, ist höchst löblich; wenn aber die braunschweigische Regierung sich mit ihrer Stände-Versammlung zu einigen weiß, so könnte ebenso gut die Tilgung unterbleiben und der gesammte Kaufpreis an die Kreisverbände vertheilt werden; Preußen würde dann bei der Annexion Braunschweigs ein mit Staatsschulden belastetes Land vorfinden und diese Schuldenlast übernehmen müssen, während ein großer Theil des Staatsvermögens bereits vorher an die Kreisverbände zur Verteilung gelangt wäre, mit anderen Worten die Dotation der braunschweigischen Kreisverbände — es muß diese Form gewählt werden, da sonst die Fonds mit dem Lande an Preußen übergeben würden — würde auf Kosten der gesammten übrigen Monarchie geschehen sein. Dem muß nach Thunlichkeit vorgebeugt werden und das Preußen auf Grund der Eisenbahnverträge zustehende Widerspruchsrecht gegen den Verkauf der braunschweigischen Staats-Eisenbahnen bietet eine passende Handhabe dazu dar, ohne daß man die Annexionsfrage vorzeitig in Gang zu bringen braucht.

Deutschland.

△ Berlin, 9. Novbr. Sie erinnern sich, daß wir Ihnen vor kurzem schrieb, daß sich das Befinden des Grafen Bismarck in neuerer Zeit wesentlich gebessert habe, namentlich infolge des Gebrauchs von Karlsbader Wasser. Dieser aus der zuverlässigsten Quelle geschöpften Nachricht tritt jetzt der bestimmte berliner Korrespondent der „A. A. Ztg.“ auf das Bestimmteste entgegen, indem er behauptet, das Befinden des Bundeskanzlers habe sich vielmehr wesentlich verschlimmert, sein Nervensystem sei derart zerüttet, daß er bei jeder kleinsten Aufregung Galle von sich gebe u. s. w. Es sei daher an seine Rückkehr nach Berlin vor Beginn der Reichstagsession jedenfalls nicht zu denken. Diese mit der größten Zuverlässigkeit auftretende Mittheilung ist von Grund aus falsch. Dagegen kann versichert werden, daß sich das Befinden des Grafen Bismarck immermehr bessert und ihm die fortgesetzte Kur mit Karlsbader Wasser sehr gut bekommt. Sein Gesundheitszustand ist bereits in dem Grade gekräftigt, daß er sehr wohl schon jetzt zurückkehren könnte und daß eine Nothwendigkeit, sich noch länger der Gephyre zu enthalten, durchaus nicht mehr vorhanden ist. Die Aerzte wünschen nur, daß er sich nicht früher als unumgänglich nöthig der Erholung entziehe, und in diesem Wunsche stimmen sowohl der König als das Staatsministerium überein. Freilich giebt es Leute, denen der Gedanke, den Bundeskanzler zu seiner Thätigkeit zurückkehren zu sehen, höchst unbeaglich ist, und zu diesen Leuten gehört auch der genannte Korrespondent der „A. A. Ztg.“ befanntermaßen. — Als konsularische Vertreter des Norddeutschen Bundes im Auslande sind bis zum Oktober dieses Jahres 28 Generalkonsuln, 255 Konsuln und 99 Vizekonsuln ernannt worden, wozu noch 8 Konsulatskanzler kommen. Die konsularischen Stationen erstrecken sich bis in den stillen Ozean. In Großbritannien vertreten die Interessen des Bundes 1 Generalkonsul, 15 Konsuln und 33 Vizekonsuln; in den großbritannischen Besitzungen 40 Konsuln; in Rußland 3 Generalkonsuln, 22 Konsule und 5 Vizekonsuln; in Schweden und Norwegen 2 Generalkonsuln, 20 Konsule und 2 Vizekonsuln; in der Türkei 2 Generalkonsuln, 12 Konsuln und 9 Vizekonsuln nebst 5 Kanzlern; in Frankreich 16 Konsuln und 9 Vizekonsuln; in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 1 Generalkonsul, 16 Konsuln und 1 Vizekonsul; in Spanien 14 Konsuln und 4 Vizekonsuln; in Dänemark 15 Konsuln; in Italien 3 Generalkonsuln, 5 Konsule und 5 Vizekonsuln u. s. w. — Schon früher ist erwähnt worden, daß Allerhöchsten Orts die Berufung einer Anzahl Kronsyndizis in Aussicht genommen sei. Wie man hört, dürfte diese Absicht in naher Zukunft ihre Verwirklichung finden und zwar werden besonders die neuen Landestheile bei den Ernennungen Berücksichtigung finden. Vor Kurzem hat der König eine Ordre an das Staatsministerium erlassen, welche über die Wiederverleihung aberkannter bez. in Folge gerichtlicher Beurteilung verloren gegangener Ordensdekorationen bestimmte Vorschriften ertheilt. Die Vorschriften haben im Wesentlichen den Zweck, daß nur unter besonders gerechtfertigten Umständen der Antrag auf Wiederverleihung solcher Orden gestellt werde, und zwar in der Regel nur dann, wenn die betreffende Person

mindestens während eines Zeitraums von 10 Jahren seit Verbüßung der Freiheitsstrafe oder nach Wiedererlangung der bürgerlichen Ehre fortgesetzte gute Führung den Beweis geliefert hat, daß ihre moralische Besserung erfolgt ist.

Berlin, 9. Nov. Aus dem Abgeordnetenhaus. Gneist, Schiller und Blum. Der Schillerdenkmal. Umbach's Landhaus am Rhein. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde nach Annahme des Abrechnungsgesetzes die Vorberatung über die Kreisordnung ein gutes Stück gefördert; die Hoffnungen auf Herbeiführung einer Verständigung über die Kreisordnung unter Annahme der liberalen Parteien gemachten prinzipiellen Vorschläge mehrten sich augenscheinlich. — Die Vertagung der Antwort auf die Interpellation über die Wahrung des preussischen Widerstandsrechts bei dem Verkauf der braunschweigischen Eisenbahn auf 14 Tage hat einigermaßen überrascht. Es scheint, als wolle die Regierung nicht unter dem Druck des Hauses antworten, dem sie während der Session schon zweimal in der Prämiennote und durch den Rücktritt v. d. Heydt gewichen ist. Es sei hierbei bemerkt, daß die Interpellation von konservativer Seite ausgegangen und die dort verbreitete Ansicht, daß Preußen die braunschweigische Eisenbahn behalten müsse, einmütige Zustimmung auf allen Seiten des Hauses fand. Man wollte wissen, daß bisher im Schooße der Regierung keine Neigung vorhanden gewesen, das Widerstandsrecht geltend zu machen. — Die Kommissionsberatungen über den Ebertz'schen Antrag wegen Einführung der obligatorischen Zivildienstleistungen demnächst beginnen. Als Referent fungiert übrigens der Abg. v. Sybel, nicht der Abg. Wanstrop, wie ein Witzbold durch die Berliner Blätter verbreitet hatte. — Einige Sensation hat es hervorgerufen, daß der Abg. Gneist aus der Fraktion des linken Zentrums ausgetreten ist. Als Grund wird die Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und den Fraktionsgenossen in der Kreisordnungsfrage angegeben. Bekanntlich sind die Mitglieder der linken Zentrums mit Ausnahme der Abgeordneten Gneist und v. Bodum-Dolfs die Anhänger der Fortschrittspartei und National-liberalen in der Kreisordnungsfrage beigetreten. — In der Fortschrittspartei herrscht über die am Sonntag geforderte Volksversammlung scharfe Verstimmlung. Man will versuchen, über den Abstraktionsantrag in den 4 Landtagswahlbezirken die Parteigenossen zusammenzubringen. Heute Abend treten deshalb die Vorstandsmitglieder der Wahlbezirke, soweit sie zur Partei gehören, zusammen, um sich über die Ausführung dieses Planes schlüssig zu machen. Man ist übrigens nicht ohne Besorgnisse vor ähnlichen Störungen wie die am Sonntag, bei der morgen als am 10. November vom Berliner Arbeiterverein veranstaltete Feier zum Gedächtnis Schiller's und Robert Blum's, zu welcher heute Einladungen an die Mitglieder der linken Seite des Abgeordnetenhauses ergangen sind. Am 3. Dezember, dem Jahrestage der Entlassung Balduis aus der Untersuchungshaft, soll dann eine weitere Feier folgen. — In nächster Woche beginnt zum ersten Male nach den neuen durch die Gewerbeordnung festgesetzten Bestimmungen das ärztliche Staatsexamen; die Examinatoren sind durch die Vorbereitung der der weit umfassenderen Prüfung als früher, besonders in Anspruch genommen. — Bekanntlich ist zur Feststellung der Verhältnisse, welche durch die Anordnung der nicht ärztlichen Verwaltung hervorgerufen sind, eine Untersuchungskommission auf königl. Befehl zusammengetreten. Dieselbe hat bis jetzt fast ungläubliche Dinge konstatiert, und man begreift kaum, wie dergl. so lange ungeahndet fortbestehen konnten. Die Armenkommission des hiesigen Magistrats hat daher beschlossen, fortan keinen Kranken mehr diesen Anstalten zu vertrauen. — Die Angelegenheit wegen Aufstellung des Schillerdenkmals auf den Gendarmenmarkt hat bekanntlich zu Schwierigkeiten wegen des Platzes geführt. Es ist nun von dem Geh. Oberbaudirektor Strack ein Plan vorgeschlagen worden, welcher dem Verlangen nach Umgebung des Denkmals mit Rasenplätzen Rechnung trägt, gleichzeitig aber die den Platz durchschneidenden Bahnen erhalten will. Dieser Plan hat in Kreislärkungen die allseitige Zustimmung gefunden und wird schwerlich von dem Magistrat, dem er vorliegt, gebilligt werden. — Das pariser Blatt „Le Temps“ wird in seinem Beiblatt demnächst die Uebersetzung von B. Auerbach's neuesten Roman „Das Landhaus am Rhein“ bringen.

Der „St. Anz.“ enthält einen Allerh. Erlaß vom 1. Septbr. erbetend. Aenderung der bestehenden Bestimmungen über Wiederbelebung aberkannter resp. in Folge gerichtlicher Erkenntnisse verloren gegangener Erbschaften und anderer Dekretationen. Ferner das Privilegium wegen Emission von hypothekentragenden Prioritätsobligationen I. Emission der rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft zum Betrage von 3 Millionen Thaler.

Der Staatsminister a. D. Baron v. d. Heydt wird wahrscheinlich nun auch sein Mandat für das Abgeordnetenhaus niederlegen. Seine Freunde glauben, wie die „Montagsztg.“ erfährt, daß er zum lebenslänglichen Mitgliede des Herrenhauses, wie andere zurückgetretene Minister, ernannt werden wird.

Die Pariser „Friedensgesellschaft“ hat durch ihren Generalsekretär, Hrn. Passy, ein Schreiben an Hrn. Bismarck und seine Berliner Kollegen gerichtet, worin ihnen für die Einbringung des Entwaffnungsantrages im preussischen Abgeordnetenhaus gedankt wird; es wird darin auch der Mitwirkung des Hrn. Henry Richard gedacht und in Aussicht gestellt, daß in andern Kammern und namentlich in der französischen ähnliche Anträge angeregt werden würden. Die Pariser Friedensgesellschaft (Ligue internationale et permanente de la paix) besteht seit 2 1/2 Jahren, hat aber bisher nur spärliche Lebenszeichen gegeben.

Zur Celler Denkmals-Angelegenheit wird der „Ztg. f. Nordd.“ in Hannover von hier geschrieben: „Wie aus fester Quelle verlautet, sind sowohl der Generalleutnant v. Schwarzkoppen in Hannover als auch der Oberstleutnant v. Rex in Celle vom Könige verest worden. Außerdem soll die Herstellung des Denkmals auf Kosten des Königs bereits angeordnet sein.“

Für die nächste Session des Landes-Oekonomikollégiums haben die Herren Elsner von Gronow und Graf Borries, Staatsminister a. D. den Antrag gestellt:

„Das königl. Landes-Oekonomikollégium wolle in Erwägung ziehen, ob die gegenwärtige Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen eine entsprechende ist oder nicht. Sollte sich das letztere herausstellen, so wolle Kollégium Hr. Egg dem Herrn Minister geeignete Vorschläge machen.“

Von Herrn von Sanger ist folgender Antrag gestellt worden:

1) Kollégium wolle beschließen, im Laufe seiner ersten Sitzung eine Kommission, bestehend aus so vielen Mitgliedern als es Provinzen des preussischen Staates giebt, mit dem Auftrage zu wählen, über den Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Unterhaltung nichtausfuhrter Landstraßen und der Kommunalwege, in Berathung zu treten, die allgemeinen leitenden Grundsätze für ein solches Gesetz aufzustellen und dem Kollégium in einer der späteren Sitzungen darüber zu referieren und Anträge zu stellen.

2) Kollégium wolle, nachdem es über die Anträge der Kommission Beschluß gefaßt, an den Herrn Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten die Bitte richten, zu bestimmen, daß von einer Kommission des Kollégiums, unter Vorsitz und Leitung eines Ministerialkommissars, auf der Grundlage der vom Plenum gefaßten Beschlüsse ein Gesetzentwurf über den betreffenden Gegenstand behufs Vorlegung desselben an den Landtag ausgearbeitet werde.

Frankfurt a. M., 9. Nov. (Tel.) Der Fürst von Rumänien, welcher am 6. und 7. d. seine Familienbesuche in Hohenhausen und Hohenhausen besucht hat, traf gestern zum Besuch der großherzoglichen Familie von Hessen in Darmstadt ein. Der Großherzog verlieh dem Fürsten bei dieser Gelegenheit das Großkreuz des Ludwigsordens. Fürst Karl verweilt noch einige Tage bei seiner Familie in Düsseldorf und begiebt sich zum 12. nach Neuwied.

Leipzig, 5. Nov. Wie kürzlich gegen Liebknecht, hat das Berliner Stadtgericht, wie der „Fr. S.“ geschrieben wird, nun auch beim Leipziger

Bezirksgericht einen Antrag auf Strafvollstreckung gegen den seit 2 Jahren hier anhängigen Dr. Borutta gestellt. Ebenfalls auf Grund des Rechtschutzgesetzes. Was dieses neueste richterliche Verlangen auszeichnet, ist der Umstand, daß eine rückwirkende Kraft jenes Gesetzes angenommen wird, insofern dieses Gesetz erst von diesem Sommer datirt, während die Beurteilung Borutta's (zu 14 Tagen Gefängnis und einer Geldbuße wegen seiner bekannten Brotschüre, die Angriffe auf die Ehe enthalten soll) schon vom Sommer des vorigen Jahres datirt.

Schwerin, 8. Nov. Dem Landtage wird der Entwurf einer Verordnung über die direkten Steuern vorgelegt werden. Die im vorigen Jahre proponierte Einkommensteuer wird aufgegeben, dagegen werden statt der bisherigen Kontribution acht Steuern in Vorschlag gebracht, nämlich eine Viehsteuer, Pachtsteuer, Haussteuer, Gewerbesteuer, Besoldungssteuer, Lohnsteuer, Erwerbssteuer und Zinsensteuer.

Oesterreich.

Wien, 7. Nov. Offizielle Nachrichten über den Aufstand in Dalmatien liegen nicht vor. Die Truppen in Cattaro haben dieser Tage den Popen Radanowich, einen Hauptanführer der Insurgenten, gefangen genommen; vorgestern wurde an drei Bewohnern Risano's das Standrecht durch Hängen vollzogen. Der Hauptführer der Insurgenten ist ein reicher Zuppaner Bauer, Namens Panefich, seinen Stab bilden zwölf Bewohner von Risano, von denen jeder auf eigene Faust mit den ihm folgenden 50 bis 60 Mann operirt. Nur selten gelingt es den Insurgenten, sich zu größeren Massen zu vereinigen, daher rühren denn auch die vereinzelter Ueberfälle. Wie der Triester „Citadino“ mittheilt, ist in Risano der Gutbesitzer J. Jabanowich, Ritter des Franz-Joseph Ordens, der 1866 die zur Küstenverteidigung aufgestellten mobilen Kolonnen der Vochesen befehligte, verhaftet worden; der Grund soll Waffenbesitz sein. — Die „Presse“ läßt sich eingehend über den Antagonismus zwischen Petersburg und Berlin aus, indem sie den Czarenwitsch von Rußland als einen eifrigen Parteigänger der panslawistischen moskauer Schule charakterisirt, welcher nicht wie sein Vater, der milde und dem Berliner Hofe zugeneigte, aber regierungsmilde Kaiser Alexander, für die Verwandten auf dem preussischen Königsthron keine Sympathien hege. Gestrichelt wurde er in dieser Antipathie gegen Preußen durch seine Gemahlin, die Großfürstin Dagmar, welche als dänische Prinzessin wegen der Loslösung Schleswig-Holsteins von Dänemark gegen Preußen aufgebracht sei. Die „Presse“ sieht in dem Umstand, daß auch auf dem englischen Throne in Zukunft eine dänische Prinzessin sitzen wird, Gefahren für den Weltfrieden, da auch England die Loslösung Schleswig-Holsteins von Dänemark nicht mit günstigen Augen angesehen habe. Der Artikel V. des prager Friedens hatte noch preussischerseits auf Erfüllung, und so lange diese Erfüllung nicht eintrete, würden in dieser Frage die Sympathien aller Völker und Regierungen gegen Preußen gerichtet sein. Diese Auslassungen der „Presse“ machen den Eindruck, als ob sie aus denjenigen Kreisen herkommen, die Kryger und Ahlemann zu ihren Deputirten erwählt haben.

Brünn, 7. Nov. Heute wurde Graf Hompeich gegen eine Kaution von 20,000 Gulden auf freien Fuß gelassen. Derselbe wird sich einstweilen auf das Gut seines Bruders nach Zwettau zurückziehen. Hr. Waller ist so weit hergestellt, daß er bereits das Krankenhaus verlassen hat und an öffentlichen Orten, wie Kaffee- und Gasthäusern, mit der schwarzen Binde über das Auge erscheint. Er oder respektive seine Frau soll im Vergleichswege einen Betrag von 12,000 Gulden als Entschädigung erhalten haben. Die Schlussverhandlung wird in kurzer Zeit stattfinden.

In Triest dauert die Arbeiterbewegung fort; auf dem vorgestrigen Arbeitermeeting ging es stürmisch zu; es erfolgte die Wahl einer Deputation zu Unterhandlungen mit den Arbeitgebern. Der Streik dauert mit Ausnahme der Arbeiter des „Lloyd“ und der Gasanstalt unverändert fort. Mechaniker Trost, der am 3. November Morgens gegen die Aufseher sprach und Abends meuchlings angefallen wurde, in seinen Wunden erlegen.

Pesth, 5. November. Der Landes-Kommandirende Baron Gablenz hat heute den ersten Armeebefehl erlassen, welcher die Erwartung ausdrückt, daß alle ihm untergebenen Organe durch richtiges Verständnis der konstitutionellen Staatseinrichtungen ein williges Eingehen in diese sanktionirten Institutionen und deren Förderung sich werden angelegen sein lassen. Der Tagesbefehl weist ferner auf die Institution der Honveds hin, deren Organe mit wahren kameradschaftlichen Vertrauen zu begegnen sei und mit denen die Armee in treuer Hingebung für den gemeinschaftlichen Kriegsherrn in loyalster Weise wetteifern soll. — Das lipstauer Komitat richtet an den Reichstag eine Petition wegen Aufhebung der Klöster.

Pesth, 9. Nov. (Tel.) Das Unterhaus hat den Vorschlag des Finanzministers Lonyay, betreffend die Einberufung einer öffentlichen Landeseinquete zur Untersuchung der Zettelbankfrage und der Valutenregelung fast einstimmig zum Beschluß erhoben. — In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Kultusminister auf eine Interpellation, daß die Regierung keine Schritte wegen des Durchmarsches der Truppen durch türkisches Gebiet gethan habe.

Belgien.

Brüssel, 9. Nov. (Tel.) Die gesetzgebende Session ist heute ohne Thronrede durch die Alterspräsidenten beider Kammern eröffnet worden. In der Kammer der Repräsentanten kündigte der Deputirte Dumortier zwei Interpellationen an, in welchen er über den Grund des Wegfalls einer Thronrede und über die Details der Vereinbarung mit Frankreich bezüglich der Eisenbahnen Auskunft verlangt.

Frankreich.

Paris, 7. Nov. „Siecle“, „Temps“, „France“, „Electeur Libre“, „Avenir National“, die „Presse“ und mehrere andere Blätter verlangen die Auflösung des gesetzgebenden Körpers. „Siecle“ schreibt über diese Frage:

„Die Vertheilung dieser Versammlung ist in der That eine der Hauptursachen, welche an der Aufrichtigkeit der Regierung zweifeln lassen, wenn sie von ihrem Liberalismus spricht. Der gesetzgebende Körper ist das Produkt eines von der Regierung selbst verurtheilten Systems; es wäre lächerlich anzunehmen, daß er sich selbst umgestalten wird; seine Transformation würde übrigens alles moralischen Werthes bar sein, denn sie wäre eine Apostasie. Die Regierung Ludwigs XVIII. befand sich in einer Lage, die nicht ohne Analogie mit der der Regierung Napoleons III. ist. Ludwig XVIII. führte einige Zeit nach seiner Wiedererhebung das Bedürfnis, sich dem Soche zu entziehen, welches die Partei des absoluten alten Regime ihm auferlegte, und den liberalen Ideen Bürgerthum zu geben, allein er hielt es nicht für möglich, die „unfindbare Kammer“ zur Mitwirkung bei Gründung des neuen Regime zu berufen. Er löste sie auf und regierte unter Beihilfe eines Ministeriums weiter, das aus den Reihen der neuen Kammermajorität hervor-

gegangen war. Die heutige Politik ist eine sehr verschiedene; sie nennt sich liberal, will aber mit der unfindbaren Kammer weiter regieren, mit den Präfecten, welche diese Kammer gemacht haben, mit den Beamten, die unter Schutz des Art. 75 die Befehle der Präfecten ausgeführt haben, und mit den Ministern, von denen die Präfecten den politischen Impuls empfangen haben.“

— Im achten Wahlbezirk führen die Herren Arago, Lavertujon, Gérold und der inzwischen aus Madrid eingetroffene Alphons Gent einen loyalen Wettkampf, indem sie erklären, sämtlich denselben Prinzipien zu huldigen; Gent nähert sich jedoch dem sozialistischen Programm mehr als seine Mitbewerber. Eine Erörterung des Herrn Lavertujon in Betreff der Eidesfrage zog auch dort die Auflösung einer öffentlichen Versammlung nach sich. Ein ehemaliger Volksvertreter von 1848, Herr C. Gambon, hat thatächlich der kaiserlichen Regierung die Steuern verweigert. Auf die Aufforderung des Einnahmers von Löré, die fälligen Steuern zu zahlen, wenn er nicht gerichtlich verfolgt sein wolle, hat Herr Gambon mit folgendem, von dem „Reveil“ veröffentlichten Briefe geantwortet:

Paris, 4. Nov. 1869. Mein Herr! Nachdem Ludwig Bonaparte mit seinen Händen seine eigene Verfassung zerrissen hat, halte ich mich nicht für verpflichtet, sie mehr zu respektiren, als er selbst. Uebrigens will ich weder Cassé Löttes noch Chassepots bezahlen; die Aufzeichnungen von Paris und das Blut von Rancamerie und Aubin lasse ich lieber auf Rechnung Ihres Herrn. Wenn ich zahlte, so würde ich sein Mitschuldiger; das will ich nicht länger sein. Within mache ich Sie, mein Herr, für diese neue Rechtsverletzung verantwortlich; ich gestehe in dieser Stunde Niemand das Recht zu, irgend eine Steuer einzufordern. C. Gambon, ehemaliger Volksvertreter in der Konstituante und Legislative.

— Die Unterhandlungen mit Hrn. Emile Ollivier sind nun auch gescheitert und dieser Deputirte wird Paris morgen verlassen. Der Minister des Innern hielt gestern im Staatsrath eine sehr liberale Rede zu Gunsten der Ernennung der Maires durch die Generalräthe. Bei Jules Favre wurde heute in einer Versammlung der Linken dessen Protestation gegen das Zwangsmandat vorgelesen. Ledru-Rollin wird, nachdem er seine Zusage im „Reveil“ ausgesprochen, in zwei Wahlbezirken, im 3. und 4., als edlloser Kandidat aufgestellt werden. Die Regierung läßt durch ihre Blätter erklären, daß sie mit einem Gegenkandidaten auftreten wolle. — Hr. Magne hat seine Auseinandersetzung der Finanzlage von Frankreich dem Kaiser vorgelegt; dieses Aktstück wird in einer der nächsten Ministerraths-Sitzungen zur Verlesung kommen. Der „Publik“ versichert, Latour d'Auvergne bleibe in seinem Amte und Hr. v. Lavalette habe sich endlich in das Nothwendige gefügt, sich auf seinen Botschafterposten in London zu begeben.

Spanien.

Madrid, 8. Nov. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Cortes erklärte Prim, daß er sich auf das Grundsätzliche bemüht habe, den Rücktritt Topetes zu verhindern, daß ihm dies jedoch nicht gelungen sei. Wenn er nicht gleichfalls seine Entlassung gegeben habe, so sei dies deshalb geschehen, weil er fürchte, daß sein Rücktritt nur den Feinden der Revolution zu Gute kommen würde. Auf eine hieran sich knüpfende Anfrage erklärte sich die Majorität der Kammer gegen den Rücktritt Prim's. Topete erklärte darauf, daß ihm seine Stellung im Ministerium Angeichts der von diesem angestrebten Lösung der dynastischen Frage unhaltbar erschienen sei, da er diese Lösung für weniger angemessen als eine andere halten müßte; übrigens werde er der Sache der Revolution treu bleiben und die Regierung unterstützen; den von der Majorität der Cortes gewählten König werde er akzeptiren. — Die Verschmelzung der Progressisten und Demokraten unter dem Namen der radikalen Partei ist als Thatsache anzusehen. Prim hat die Häupter der monarchischen Demokratie, wie Rivery, Echegaray, Martos in den progressistischen Klub eingeführt, wo sie mit rauschendem Beifall empfangen wurden. In dem Klub, welcher recht eigentlich die Seele der progressistischen Partei und daher jetzt der Staatsregierung ist, wurden in den letzten Tagen die Grundlagen des neuen Bündnisses festgestellt und über die zukünftige Haltung der vereinigten Parteien verhandelt. — In Betreff der kubanischen Angelegenheit erklärte der Minister der Kolonien, Becerra, daß trotz aller Versuche der Insurgenten, Spanien sich in dem Besitze Kubas behaupten werde; auch dürfte der Aufstand nach Eintreffen der jüngst abgesandten Verstärkungen alsbald sein Ende erreichen.

Italien.

— Offenbar aus offiziöser Quelle bringt die „Nat.-Ztg.“ folgenden Artikel aus Florenz:

„Die Finanzfrage wird noch für längere Zeit in erster Linie stehen, und daher ist der Finanzminister Cambray-Digny thatächlich der leitende Minister und derjenige, welcher von der Opposition die heftigsten Angriffe zu leiden hat. Inzwischen hat Cambray-Digny während der parlamentarischen Pause eine außerordentliche Thätigkeit entwickelt in der Organisation der Finanzbehörden, in der Eintreibung der Steuern und in vielen anderen auf die Finanzen sich beziehenden Verwaltungsangelegenheiten; er hat alle diejenigen Reformen und Verbesserungen, welche man im Parlament schon früher als wünschenswerth bezeichnete, und wofür nach den bestehenden Grundsätzen ein legislativer Akt nicht nöthig war, ausgeführt. Selbst die Ausgabe von neuen Obligationen, als antizipirter Kaufpreis der eingezeichneten Kirchengüter, gründet sich auf ein bereits seit 1867 bestehendes Gesetz und die Operation kann bis auf 300 bis 400 Millionen ausgedehnt werden, so daß der Bedarf des Staatshaushalts damit auf längere Zeit gedeckt ist, wenn die jetzt aufgelegte Subskription gelingt, wie übrigens außer allem Zweifel ist, da die betreffende Antizipation in der öffentlichen Meinung die beste Aufnahme fand, und selbst die oppositionellen Blätter es nicht wagen, diese Maßregel allzu scharf anzugreifen. Die Aufmerksamkeit der letzteren ist jetzt nicht mehr auf den Prozeß Bobbia gerichtet. Die dabei zur Enthüllung gelangenden Thatsachen sprechen immer deutlicher für den Anhalt, daß der Angriff gegen Bobbia ein von ihm und seinen Freunden simulirtes Manöver war.“

Florenz, 9. Novbr. (Tel.) Die Zeitungen melden, daß der Kronprinz Humbert, der Prinz von Carignan und der Konseilspräsident Graf Menafrea heute Abend nach Neapel abreißen. Prinz Napoleon und Prinzessin Klotilde lehren morgen nach Paris zurück.

San Rossore, 9. Novbr. (Tel.) Die Krankheit des Königs nimmt den regelmäßigen Verlauf; das Fieber ist nicht stärker geworden, der Frieselausbruch dauert fort.

Rußland und Polen.

Warschau, 8. Nov. Am 17. Okt. versammelten sich in Wilna zahlreiche vom Generalgouverneur Potapoff berufene Vertreter der jüdischen Gemeinden in Litthauen, um über das ihnen vorgelegte Regierungsprojekt, betreffend die Verbesserung der Lage der zahlreichen, immer tiefer in Noth und Elend versinkenden jüdischen Bevölkerung, ihr Gutachten abzugeben. Die

Berathungen nahmen mehrere Tage in Anspruch und führten zu dem Resultat, daß die Versammlung für die geeigneten Mittel zur Verbesserung der Lage der Juden die Freizügigkeit, die Bildung von Unterstützungskomitees und Förderung der massenhaften Auswanderung der Juden nach dem Auslande erklärte und die entsprechenden Anträge stellte. Eine massenhafte jüdische Bevölkerung findet sich in Rußland nur in jenen ehemals polnischen Provinzen bis zum Dniepr und wurden mithin die von der jüdischen Notabeln-Versammlung gemachten Vorschläge nur Anwendung finden in Litthauen, Keußen und im Königreich Polen. Da die jüdische Bevölkerung in den genannten Landestheilen größtentheils auf Seiten der Polen steht und sich mit den polnischen Interessen als solidarisch verbunden betrachtet, so findet der Vorschlag der jüdischen Auswanderung bei den Russen ganz besondern Beifall. Die „Petersburger Börsenzeitung“ rath der Regierung dringend, keine Kosten zu scheuen, um der Auswanderung der Juden die größtmöglichen Dimensionen zu geben. Die Jesuiten (katholische Priester) — ruft das Blatt aus — haben wir uns glücklich vom Halse geschafft, säumen wir daher nicht, um der Liebe des Nächsten allein uns auch der Juden zu entledigen! — Der Statthalter Graf Berg wird sich, gutem Vernehmen nach, noch im Laufe dieses Monats nach Petersburg begeben, wohin er berufen ist, um zu den Berathungen über den Entwurf der Justizreform des Königreichs Polen hinzugezogen zu werden. Als zweiter Grund der Berufung des hohen Verwaltungschefs nach Petersburg wird die Absicht angegeben, mit demselben eine Verständigung wegen Aufhebung des Statthalterpostens und Errichtung eines Generalgouvernements in Stelle desselben herbeizuführen. Daß diese Veränderung in der höchsten Verwaltungsstelle des Königreichs Polen in naher Aussicht steht, unterliegt um so weniger einem Zweifel, als es Thatsache ist, daß die Ausführung des längst gegebenen Projekts der Trennung der östlichen Gouvernements vom Königreich Polen und der Vereinigung derselben mit Rußland mit großer Eile betrieben wird und nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte. — Erwähnenswerth ist, daß der Lehrstuhl für das kanonische Recht, der bisher an der hiesigen Hochschule bestand, an der an Stelle der Hochschule errichteten Universität aufgehoben ist. Die russische Regierung glebt durch Aufhebung dieses Lehrstuhls zu erkennen, daß das kanonische Recht für Rußland ein überwundener Standpunkt ist und keine Gültigkeit mehr hat. — Um den Gutsbesitzern und bäuerlichen Wirthen im Königreich Polen eine Anregung zum Wettstreit in Einführung von wirtschaftlichen Verbesserungen zu geben, hat der Minister der Staatsgüter die Gouvernementschefs angewiesen, auf regelmäßige Veranstaltungen von größeren und kleineren landwirtschaftlichen Ausstellungen, an den auch Bauern sich betheiligen sollen, hinzuwirken, auch den Ausstellern alle möglichen Erleichterungen und selbst eine Beihilfe zu den Kosten der Ausführung aus Staatsmitteln zu gewähren.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Jaffa, 8. Novbr. (Tel.) Der Kronprinz von Preußen hat sich heute Nachmittag nach Beyruth eingeschifft.
Kairo, 8. Nov. (Tel.) Der Herzog und die Herzogin von Aosta sind gestern Abend nach Italien abgereist. — Die Kaiserin der Franzosen verweilt noch in Obergypsen und wird in Alexandria am 14. d. erwartet. — Der Vizekönig begiebt sich heute nach Ismailia. — Unter Führung der Gebrüder Stangen sind 62 Reisetheilnehmer glücklich hier eingetroffen; dieselben begeben sich heute nach den Pyramiden. Es herrscht gegenwärtig hier eine Temperatur von 38 Grad Wärme.

A f i e n.

— Die in Triest am 6. November eingetroffene Ueberlandpost bringt folgende Daten: Kallutta, 12. Oktober; Bombay, 16. Oktober. In Kallutta wurde ein großes Katholikentum abgehalten, um dem Papste aus Anlaß des bevorstehenden Konzils eine Adresse und einen Geldbetrag zu übersenden. — Die Truppen Aufbegehren sollen an der Grenze von Kaschgar von den Russen geschlagen worden sein. — Mohamed Alian Khan, der Ex-Emir von Afghanistan, starb am 6. Oktober in Schahrud.

Vom Landtage.

16. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.
Berlin, 9. November. Eröffnung um 10 Uhr. Am Ministertisch die Minister des Handels und des Innern, die Reg.-Kommissare Stüve, Persius und Rhode. Die Interpellation des Abg. v. Bonin, betreffend den Einspruch der Regierung gegen den Verkauf der braunschweigischen Staatsbahnen, erklärt der Handelsminister heute über 14 Tage beantworten zu wollen.
Ref. v. Buddenbrock berichtet Namens der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der in folgenden Punkten amendirt werden soll. Zur Errichtung von Abänderungsämtern, welche durchweg Gemeindefunktionen und nur an den Orten Staatsanwaltschaften sein sollen, wo die Abänderungsämtern ihren Sitz haben, bedarf es nach § 1 der Genehmigung des Handelsministers; die Kommission fügt diesem § 1 hinzu: die Genehmigung kann Gemeinden, welche die zu einem Abänderungsamte nötigen Lokaltäten und Einrichtungen beschaffen und eine zum Abänderungsamt qualifizierte Persönlichkeit nachweisen, nicht vorenthalten werden.

§ 2 der Vorlage überträgt die Aufsicht über die Ämter den Inspektoren, die Kommission den Gemeindebehörden und den Inspektoren, welche letztere je einer für jede Provinz, Staatsbeamte sind, die unmittelbar vom Handelsministerium ressortieren. Die Inspektoren sind befugt, die Abänderungsämter ihres Distriktes in technischen Angelegenheiten mit Anweisung zu versehen.

§ 3 der Vorlage bestimmt, daß die Ämter an den Orten, wo die Inspektoren ihren Sitz erhalten, Staatsanwaltschaften sein sollen, denen solche Zweige des Geschäfts, die eine besondere Sachkunde und Geschicklichkeit erfordern, ausschließlich übertragen werden können. Die Kommission ändert dies Verhältniß dahin ab: an den Orten, wo die Inspektoren ihren Sitz haben, sollen dieselben gleichzeitig mit der Leitung eines vom Staat zu errichtenden Abänderungsamtes betraut werden, so daß also an solchen Orten auch ein Gemeinde-Abänderungsamt bestehen kann. Die bezeichneten Zweige des Geschäfts sollen einzelnen Abänderungsämtern ausschließlich übertragen werden können.

Referent v. Buddenbrock: Das Bundesgesetz vom 17. August v. J. überläßt die Errichtung der Abänderungsämter der Gesetzgebung der einzelnen Länder. Mit den Grundzügen des vorliegenden Entwurfs hat sich die Kommission einverstanden erklärt, weil er die in den alten und neuen Provinzen bestehenden verschiedenen Abänderungsämter beseitigt.

Der Handelsminister erklärt für § 3, einverstanden.

Abg. Graf Renard verwirft die Einsetzung der Abänderungs-Inspektoren überhaupt. Der Referent findet es nach seiner Stellung und ganzen Lebensrichtung ganz selbstverständlich, daß auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege durch eine anscheinend unbedeutende Vorlage den Kommunen ein Städtchen Selbstverwaltung weg eskamotirt wird. Die Kommunen haben sich aber in der Handhabung der gewerblichen Polizei weder nachlässig noch unfähig gezeigt. Zudem werden die Staatsbürger schon so viel kontrollirt, inspektirt und exzerirt, daß ihnen dabei hinnerlangt wird. (Seitert.) Warum bleiben wir nicht bei der guten hinnerlangten Einrichtung, nach der die Inspektion Sache der Kommune ist?

Bu § 2 beantragt Abg. Grumbrecht, daß die Errichtung der Abänderungsämter an die Ämter der Inspektoren durch Vermittelung der Gemeindebehörden erfolgen soll und motivirt dies durch Hinweis auf die Verwirrung in dem Geschäftsvorkehr, die eintreten müßte, wenn die Gemeindebehörden keine Kenntnis von den Anweisungen hätten.

Der Referent und Regierungskommissar Stüve halten den Antrag für überflüssig. Die Anweisung der Inspektoren wird sich nur auf technische Fragen beziehen, und da ist eine Mitwirkung der Gemeindebehörden unmöglich; bei Anweisungen in äußeren Angelegenheiten gebietet sich diese Mitwirkung von selbst. Auch Karsten ist dieser Ansicht. In Schleswig-Holstein ist z. B. der Abänderungsmeister ein Magistratsmitglied und vermittelt sich durch diesen von selbst die erfolgte Anweisung an die Kommunalbehörde.

Abg. v. Hoyerbed: Erfolgt die Anweisung schriftlich, so wird der Bürgermeister, auch Oberbürgermeister (Seitert) nur der Briefträger des Abänderungsmeisters. Ich wünsche aber nur mündliche Anweisungen, um den Inspektor mit dem Abänderungsmeister in unmittelbarer Verbindung zu erhalten und empfehle die Annahme des Grumbrechts Antrages. Auch Hagen und Miquel sprechen sich für den Antrag aus, um den Gemeindebehörden Gelegenheit zur Remonstration gegen Anweisungen zu geben, die unter Umständen der Gemeinde viel Geld kosten können.

§ 2 wird mit dem Antrage Grumbrechts angenommen.
§ 3 befürwortet der Referent mit Hinweis auf die Konkurrenz, die die Kommission im Interesse der Sache zwischen den staatlichen und städtischen Abänderungsämtern hat herbeiführen wollen.

Abg. Karsten ist gegen diese Konkurrenz aus der dem Staate ein finanzieller Verlust erwachsen würde, der der betreffenden Kommune zu Gute kommt. Die größeren Städte genießen dadurch gegenüber den kleineren einen unberechtigten Vortheil.

Abg. Hagen: Auf die finanzielle Seite kann es bei dieser Frage nicht ankommen; ob der Staat von einer Kommune 10,000 Thlr. mehr bekommt oder nicht, ist nebensächlich. Das Prinzip der Kommission ist das allein richtige.

Reg.-Komm. Stüve: Bei der Abänderung kommt es vor Allem auf Treue und Glauben an, sie muß deshalb über alle Konkurrenz gestellt werden. Der Regierung erscheint es außerdem wünschenswert, die Inspektoren in fortwährender Übung zu erhalten und deshalb unzulässig, an dem Sitze der Inspektoren zwei verschiedene Ämter zu haben.

Abg. v. Hoyerbed findet in diesem Theil der Vorlage den Versuch zur Schöpfung eines Städtischen Staatsinspektors, die der Staat jedoch nur betreiben will, wo sie etwas einbringt. Der Vorschlag der Kommission glebt die sicherste Garantie für Aufstellung eines niedrigen Abänderungsamtes und kann allein angenommen werden.

§ 3 nach dem Vorschlage der Kommission wird abgelehnt, dagegen die Vorlage bis § 7 angenommen mit der einzigen Abänderung, welche die Kommission vorschlägt, in einem eingeschalteten § 4 auszusprechen, daß besondere Zweige des Geschäfts einzelnen Ämtern übertragen werden können.

Demnach wird die Vorberatung der Kreisordnung fortgesetzt, deren zweiter Abschnitt von den Kreis-Angehörigen, ihren Rechten und Pflichten handelt.

§ 5 wird fast unverändert angenommen: „Angehörige des Kreises sind mit Ausnahme der nicht angesehnen ferdienstberechtigten Militär-Personen des aktiven Dienststandes, alle diejenigen, welche innerhalb des Kreises einen Wohnsitz haben.“ (Die Vorlage sagt: ihren Wohnsitz. Die Abänderung rührt vom Abg. v. Hennig her.)

Der § 6, der von den Rechten der Kreisangehörigen handelt, wird unverändert angenommen. Er lautet: „Die Kreisangehörigen sind berechtigt: 1) zur Theilnahme an der Verwaltung und Vertretung des Kreises, nach näherer Vorchrift dieses Gesetzes; 2) zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Kreises.“

Der § 7, der von der Verpflichtung zur Annahme von unbesoldeten Ämtern handelt und diese Verpflichtung schlechthin aufstellt mit Aufzählung der zur Ablehnung oder früheren Niederlegung berechtigenden Entschuldigungsgründe und der Strafen, ruft eine Unzahl von Abänderungsanträgen und ausführliche Debatten hervor.

Von der großen Zahl meistens reaktioneller Amendements erwähnen wir, daß Abg. Wittke-Gollande die Geldstrafen ganz beseitigen und nur die Ehrenstrafen bestehen lassen will, während v. Kardorff die Geldstrafe von 1/2 bis 1/4 der Kreisabgaben auf 1/2 bis 1/3, v. Hennig auf 1/2 bis 1/2 festsetzen will. Der letztere beantragt zugleich den ordentlichen Rechtsweg als Rekursinstanz gegen Entscheidungen des Kreistages.

Abg. Dr. Gneist: Es handelt sich hier um die Verpflichtung jedes Kreisangehörigen zur Annahme unbesoldeter Ehrenämter. Die allgemeine Wehrpflicht bedeutet aber für die Kreisangehörigen nicht mehr, als die persönliche Verpflichtung zu Ämtern für unsere bürgerliche Verfassung. Auf dieser Grundlage steht, mit ihr fällt die ganze Kreisordnung. Aber der Grundsatz, wie ihn der Entwurf hier auspricht, ist nichts als eine fable convenue; der Zwang, den man für zulässig erklärt, wird und kann nicht angewendet werden. Wir sehen das ja in der städtischen Verwaltung; alle paar Jahre wird davon Gebrauch gemacht gegen Personen, die der städtischen Verwaltung einen impertinenten Abjagebrief schreiben; wer sich höflich entschuldigt, wird in Ruhe gelassen. In der That also beruht die Annahme von städtischen Ämtern nicht auf dem Zwange, den das Gesetz in Aussicht stellt, sondern auf Freiwilligkeit. Wir müssen Ernst machen mit der persönlichen Verpflichtung. Das geschieht aber gewiß nicht auf dem Wege, daß wir hier in das Gesetz hinein schreiben: „Jeder Kreisangehörige hat diese Pflicht“; damit bekommen wir nur eine Scheinverpflichtung. Denn es ist eine flagrante Unwahrheit, diese Verpflichtung für Alle auszusprechen. Die große Mehrzahl der kleinen Steuerzahler kann ein Schulzenamt nicht annehmen, kann nicht Geschworener werden; sie hat weder den Willen noch die Möglichkeit, diese Verpflichtung zu erfüllen, und Niemand wird sie dazu zwingen können oder wollen. Sener Satz ist für Millionen unanwendbar, d. h. er ist anwendbar für Niemanden, und ein Gesetz, das solche Bestimmungen enthält, kein Gesetz, sondern nur Schein und Alles, was darauf basiert ist, ist Schein. Sollen die Rechte und Pflichten aber eine wirkliche Bedeutung haben, so ist es nötig, bei dieser Grundlage zu einer Wahrheit zu kommen. Welches ist der Weg zu derselben? Bei dem Geschworenenamt haben wir die Verpflichtung erst aufgestellt, nachdem wir vorher geprüft, wen wir eventuell zwingen können, erst da bestand die Verpflichtung in Wahrheit. Dasselbe Verfahren muß hier beobachtet werden. Die Statistik über die Inhaber städtischer Ämter hat ergeben, daß die städtische Selbstverwaltung geführt wird von den Steuerzahlern der ersten und zweiten Klasse und ganz besonders von dem Mittelstande, der bei uns in Deutschland eine außerordentliche Frömmigkeit und Bereitwilligkeit zeigt. Die dritte Klasse trägt dagegen weit unter einem Drittel zur Selbstverwaltung bei, und doch können Sie überzeugt sein, daß Geschworenen Gerichte, Armenverwaltung, Schulverwaltung u. s. w. alle in nicht schlechten Händen sein würden, wenn Sie die kleinen Steuerzahler hineinziehen. Der jetzige Zwang kann nicht angewendet werden, weil man also auf sie die Verpflichtung ausdehnen? Es ist da kein anderer Ausweg, als die Theilnahme selber zu fragen, ob sie bereit und im Stande seien, derartige Ämter anzunehmen. Diejenigen, die das bejahen, werden dann im Verein mit den Steuerzahlern erster und zweiter Klasse diejenigen Personen bilden, die man wirklich zwingen kann, Gemeindeämter zu übernehmen. Auf dem Boden dieser durch das Einregistrationsgesetz gewonnenen Matrikel können wir zu einer lebensfähigen Reorganisation der Kreise gelangen. So werden wir die Personen gewinnen, auf die die Zwangsbestimmungen, die hier festgesetzt werden sollen, in Wirklichkeit angewendet werden können, dann ist die persönliche Verpflichtung da, dann ist auch die Gleichheit von Rechten und Pflichten da. Es sollte also in diesem § heißen nicht: Jeder „Kreisangehörige“ ist verpflichtet, sondern jeder aus der von mir angegebene Weise „Einregistrirte“. Das setzt eine Vereinbarung über das System der Kreissteuern voraus und erst durch die Debatten über diesen letzteren Punkt wird sich ergeben, ob und wie das System der Einregistrirung anwendbar ist. Ich habe mich daher hier eines eigenen Amendements enthalten.

Abg. v. Ernsthausen: Man muß die Verpflichtung eines jeden Kreisangehörigen, die dieser Paragraph aufstellt, cum grano salis auffassen. Es sind ja doch eben nur diejenigen Kreisangehörigen gemeint, denen ihre Mitbürger oder Se. Majestät die Fähigkeit zutrauen, Ämter zu verwalten, und deshalb ist die Behauptung unrichtig, daß hier nur eine Scheinverpflichtung aufgestellt wurde.

Abg. v. Wittke-Gollande: Ich bin von der Rede des Abg. Gneist tief ergriffen gewesen, und muß denselben in vielen Punkten Recht geben. Daß ein gewisser Zwang ausgeübt werden muß, ist natürlich, denn die Ämter sind Alle mit großer Mühseligkeit verbunden und oft gehört mehr dazu als guter Wille (Seitert). Selbst das Schulzenamt ist mit vielen Opfern bedacht; ich bemerke im Voraus, daß ich für die Aufhebung der Kreis-Schulzenämter stimmen werde, obgleich ich eigentlich dagegen bin (große Seitert). Aber ich werde gegen die Bestimmung dieses Paragraphen stimmen, welche die Ablehnung von Ehrenämtern mit Geldstrafen belegt. Wenn Sie dieselben annehmen, so zweifeln Sie an sich selber (nach rechts). Eben so gut müßte ja auch der Abgeordnete, wenn er hier nicht erscheint, mit Geldstrafe belegt werden. Amtshauptleute werden sich übrigens immer finden, denn die Strafe, einen Affessor besolden zu müssen, wird für den Kreis immer die empfindlichste sein. Auch sind Strafen weniger nötig für Nichtannahme der Wahl, als für Annahme der Wahl und nachherige Nichterfüllung der mit dem Amte verbundenen Pflichten.

Abg. Lasker: Diejenigen, welche die Bestimmung, daß der ordentliche Richter die Rekursinstanz für die Entscheidungen des Kreistages bilden solle, für eine Verletzung der Würde des letzteren halten, widersprechen sich selbst; denn dadurch, daß sie ihrerseits der Bezirksregierung die oberste Entscheidung in die Hände legen wollen, erkennen sie an, daß eine nochmalige Untersuchung in freitigen Fällen geboten erscheint und mit der Würde des Kreistages vereinbar ist. Der Unterschied zwischen uns und ihnen besteht nur darin, daß wir nicht das rechte Vertrauen zum Regierungsrath, sie nicht zum Kreisrichter haben. (Rechts: Sehr richtig.) Wie man eine Verletzung der Selbstverwaltung in jener Bestimmung finden kann, ist mir unverständlich; mit demselben Rechte könnte man es als einen Eingriff in das Recht der Selbstverwaltung seines Vermögens erklären, daß jemand in vermögensrechtlichen Streitigkeiten vor das Forum des Richters verwiesen wird. — Dem Amendement, das die Beseitigung der Geldstrafen verlangt, kann ich nicht zustimmen; es würde dadurch der Pflicht, Ehrenämter zu übernehmen, in ungerechtfertigter Weise Vorschub geleistet werden. Es ist mir auffallend gewesen, daß von der rechten Seite mehrfach darauf hingewiesen wurde, Niemand werde sich weigern, ein ihm vom Könige übertragenes Ehrenamt zu übernehmen. Ob die Amtshauptleute vom Könige ernannt werden, steht bis jetzt noch keineswegs fest und wir werden mit Entscheidung darüber eintreten, daß dieselben aus freien Wahlen hervorgehen. Man könnte nun jene Bemerkung so deuten, als würden jene Herren weniger geneigt sein, ein ihnen durch Wahlen übertragenes Ehrenamt zu übernehmen. (Vielfache Zustimmung rechts.) Diese Bestimmung ist die feste Begründung für unsern Antrag auf Erhöhung der Geldstrafen. Die Ablehnung des Amtes ist ein wirkliches, ordentliches Vergehen, und gerade deshalb wünschen wir auch die Entscheidung durch den ordentlichen Richter. Bloße, sogenannte Ehrenstrafen, die in der Entscheidung des Rechts der Kreisvertretung bestehen sollen, haben gar keine Bedeutung. Was würden Sie sagen, wenn man jemand, der sich der Pflicht entzieht, zur Kontrollveranlassung zu erscheinen, dadurch bestrafen wollte, daß man ihm für eine längere Zeit das Ercheinen in den Kontrollversammlungen verbietet? Der Vorschlag des Abg. Gneist, eine freiwillige Einregistrirung derjenigen Personen vorzunehmen, die solche Ämter übernehmen wollen, ist unannehmbar, denn abgesehen davon, daß man dann Jedem das Recht zugetheilt müßte, seine erste Erklärung jederzeit zurückzunehmen, ist es theoretisch unzulässig, daß sich jemand durch freiwillige Erklärung an eine Pflicht bindet, deren Verletzung kriminalrechtlich strafbar ist. Vielmehr wird es geboten sein, diejenigen Kriterien festzusetzen, welche zur Übernahme der betreffenden Ehrenämter verpflichten; alle diejenigen, welche diesen Kriterien entsprechen, müssen im Weigerungsfalle den von uns festzusetzenden Strafen unterliegen.

Reg.-Komm. Persius hält das ordentliche Gericht als Rekursinstanz über die Beschlüsse des Kreistages für ungeeignet, da dasselbe nicht bloß formell, sondern auch materiell auf die Gründe der Verurtheilung eingehen müßte; eine materielle Prüfung eines judicium parium aber erschien unzulässig. Man möge deshalb die obere Entscheidung der Bezirksregierung überlassen, die nur das Formelle des Kreistagsbeschlusses zu prüfen berechtigt sei.

Abg. v. Dieß verlangt die Beseitigung der Geldstrafen, da sich durch diese Niemand zur Übernahme eines Ehrenamtes werden zwingen lassen. Alle Strafen würden dadurch überflüssig gemacht werden, daß man die nötigen Garantien dafür schaffe, daß der Inhaber des Amtes unabhängig, frei von jedem Druck von oben und nicht mit Geschäften überbürdet sei. Solche Garantien vermehrt er auch noch in dem Regierungsentwurf und verlangt, daß jede Rekursinstanz über die Beschlüsse des Kreistages ausgeschlossen bleibe. Die Bezirksregierung sei dazu ebenso ungeeignet, wie das ordentliche Gericht; das fortwährende Hinweisen auf den Rechtsweg empfehle sich überhaupt nicht und könne nur durch äußere Zweckmäßigkeitsgründe gerechtfertigt werden. Redner beruft sich betreffs der letzten Aenderung auf „ein liberales Blatt“, die „Deutsche Gemeinde-Zeitung“.

Abg. Dr. Bender spricht sich gegen die von Hennig beantragte Straferhöhung aus; nicht die Höhe der Strafe, sondern das Bewußtsein der strafbaren Handlung sei das Wirksame.

Abg. v. Hennig verteidigt seine Amendements gegen die einzelnen, von den verschiedenen Rednern erhobenen Einwände. Eine höhere Instanz über die Beschlüsse des Kreistages müsse vorhanden sein, denn sonst würde der Kreistag in eigener Sache als letzter Richter entscheiden; er würde nichts dagegen haben, diese oberste Entscheidung dem Provinzialausschuß zu übertragen, bei der gegenwärtigen Zusammenfassung der Provinzialstände aber könne er sich dazu für jetzt nicht entschließen. Die Zeichnung der „Gemeinde-Z.“ als eines „liberalen“ Blattes sei irrig; dasselbe sei stets für Justizzwang und gegen alle die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit fördernden Gesetze eingetreten; als Autorität stehe ihm deshalb die Ansicht des Abg. v. Dieß selbst höher, als die der genannten Zeitung.

Nachdem der Abg. Scharnweber noch einmal der Zulässigkeit des Rechtsweges gegen die Beschlüsse des Kreistages als einer Schädigung der Autorität des letzteren entgegengetreten, wird ein Schlussantrag angenommen.

Das Resultat der Abstimmung ist die fast unveränderte Annahme des § 7 in der Fassung der Regierungsvorlage. Derselbe lautet: Die Kreisangehörigen sind verpflichtet, unbesoldete Ämter in der Verwaltung und Vertretung des Kreises zu übernehmen. — Zur Ablehnung oder zur früheren Niederlegung solcher Ämter berechtigenden Entschuldigungsgründe: anhaltende Krankheit, Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit vom Wohnort mit sich bringen (nach v. Kardorff, die Vorlage sagt: vom Kreise), ein Alter über sechzig Jahre, ärztliche oder wundärztliche Praxis, die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes, und sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen des Kreistages eine gütliche Entschuldigung begründen. — Wer ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung des Kreises während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsdauer versehen hat, kann die Übernahme desselben oder eines gleichartigen für die nächsten drei Jahre ablehnen. — Wer sich ohne einen der vorbezeichneten Entschuldigungsgründe weigert, ein unbesoldetes Amt in der Verwaltung oder Vertretung des Kreises zu übernehmen oder das übernommene Amt während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsdauer zu versehen, sowie derjenige, welcher sich der Verwaltung solcher Ämter thatächlich entzieht, kann durch Beschluß des Kreistages für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren der Ausübung seines Rechtes auf Theilnahme an der Verwaltung und Vertretung des Kreises für verlustig erklärt und um ein Aelst bis ein Viertel stärker, als die übrigen Kreisangehörigen, zu den Kreisabgaben herangezogen werden.

(Dieser Beschluß bedarf der Bestätigung der Bezirks-Regierung.) Dieses letzte Aelst der Vorlage wird gestrichen.)

Um 3 Uhr verläßt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr (Kreisordnung). Da die Sitzung am Mittwoch, die für Anträge aus dem Hause und Petitionen bestimmt ist, ausfällt, so tritt Abg. Roth diesen Ausfall schon am Donnerstag nachzuholen. Das Haus billigt aber die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung. Ein Abgeordneter der Rechten äußert sogar schon jetzt das Verlangen nach Abendigungen.

Parlamentarische Nachrichten.
— Abg. Gneist ist aus dem linken Centrum ausgeschieden in Folge der Stellung, die er zur vorgelegten Kreisordnung einnimmt.

Lokales und Provinzielles.
Posen, 10. Nov. Zur Vorbereitung für die Geschäfte der Größensitzung der Provinzialsynode wird am Freitag den 12. November Abends 7 Uhr eine freie Besprechung der Synodalmittelglieder im Sitzungssaal der Synode stattfinden.

— Das „Zentralblatt für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen“ enthält eine statistische Uebersicht über die

Frequenz der Gymnasial- und Real-Lehr-Anstalten der preussischen Monarchie im Wintersemester 1867/68, der wir folgende unsere Provinz betreffende Daten entnehmen:

Die Zahl der Gymnasien beträgt 9, an denselben unterrichten 156 Lehrer 3444 Schüler, von denen der Konfession nach evang. 1176, kath. 1579, jüd. 689; der Heimath nach Inländer aus dem Schulort 1835, von Auswärts 1564, Ausländer 45. Abgegangen sind 342, davon 14 mit dem Zeugnis der Reife. Der Bestand am Schluss des Semesters war mithin 3102. — An den mit den Gymnasien verbundenen Vorschulen unterrichteten 8 Lehrer 336 Schüler, von denen der Konfession nach evang. 181, kath. 75, jüd. 80; Inländer aus dem Schulort 270, von Auswärts 65, Ausländer 1. Der Abgang betrug 78, die meisten auf Gymnasien oder sonstige Stadtschulen, der Bestand am Schluss des Semesters 258. — An 1 Progygnasium (zu Rogasen) betrug die Zahl der Lehrer 9, der Schüler 209, von denen evang. 141, kath. 21, jüd. 47. Inländer aus dem Schulort 127, von Auswärts 82. Zu anderweiter Bestimmung gingen 17 ab, so daß der Bestand 192 betrug. — An 5 Realschulen unterrichteten 81 Lehrer 1622 Schüler, von denen evang. 983, kath. 278, jüd. 361. Inländer aus dem Schulort 966, von Auswärts 631, Ausländer 25. Abgegangen sind 230, der Bestand mithin 1392. An den mit den Realschulen verbundenen Vorschulen betrug die Zahl der Lehrer 6, der Schüler 283, von denen evang. 188, kath. 39, jüd. 56. Inländer aus dem Schulort 236, von Auswärts 45, Ausländer 2. Abgegangen sind auf Realschulen und sonstige Schulen 134, der Bestand am Ende des Semesters war mithin 149. — Die Gesamtzahl der obigen Anstalten besuchenden Schüler betrug mithin im Wintersemester 1867/68 5894, von denen waren 2669 evang., 1992 kath. und 1233 jüdisch. Die Zahl der evang. Schüler übertraf demnach die der katholischen um 677. Bedenkt man, daß die evang. Schüler fast durchgängig der deutschen Nationalität angehören, von den katholischen ebenfalls ein guter Theil deutsch ist (wenigstens sind unter den katholischen Schülern mehr deutsche, als unter den evangelischen polnische) so wird man zu dem Schluss berechtigt sein, daß auf den höheren Schulen unserer Provinz die Zahl der polnischen Schüler weit geringer, als die der deutschen.

Die projektirte bauerliche Kreditbank für die Provinz Posen soll nach dem Vorstande des polnischen landwirtschaftlichen Zentralvereins von der betreffenden Kommission vorgelegten Statutenentwurf sich die Aufgaben stellen: 1) bauerlichen Wirtben zur Ausführung von wirtschaftlichen Verbesserungen und gewinnbringenden Unternehmungen Darlehen zu geben; 2) für Darlehen, welche bauerliche Wirtbe von Kapitalisten georgt erhalten, Bürgschaft zu leisten. Das Betriebskapital der Bank ist zunächst auf 200,000 Thlr. festgesetzt und soll durch 1000 au porteur lautende Aktien zu 200 Thlrn. aufgebracht werden. Sobald die beiden ersten Aktienraten eingezahlt sind, soll die Bank ihre Wirksamkeit beginnen.

Der „Allgemeine Männer-Gesangsverein“ wird am nächsten Sonnabend im Volksgarten seine diesjährige Stiftungsfest begeben.

Mit dem Chassepot-Gewehr wurden vor Kurzem auf den Infanterie-Schießständen vor dem Warschauer Thore in Betsien vieler Offiziere der hiesigen Garnison interessante Schießproben abgehalten. Zunächst schossen Hr. Büchsenmacher Hoffmann mit dem Chassepotgewehr und ein vorzugeweise geübter Unteroffizier mit dem Bändnadelgewehr 1 1/2 Minuten lang in liegender Stellung; dabei wurden mit dem Chassepotgewehr 18, und mit dem Bändnadelgewehr 13 Schüsse abgegeben. Als dann wurde im Stehen freihändig geschossen, wobei beiden Schützen die Patronen zugereicht wurden; dabei wurde natürlich bedeutend rascher, als zuvor im Liegen, geschossen, und übertraf das Chassepotgewehr das Bändnadelgewehr binnen 1 1/2 Minute sogar um 8 Schuß. Schließlich wurden die Gewehre gewechselt, so daß Herr Hoffmann nun mit dem Bändnadelgewehr schoss; dabei zeigte sich allerdings, daß auf die persönliche Gewandtheit außerordentlich viel beim Schnellfeuern ankommt; denn auch in diesem Falle gab Hr. Hoffmann mit dem Bändnadelgewehr mehr Schüsse ab, als der Unteroffizier mit dem Chassepotgewehr. Jedenfalls beweist diese Schießprobe aufs Neue, daß das Chassepotgewehr in Bezug auf das Schnellfeuern eine dem Bändnadelgewehr mindestens ebenbürtige Waffe ist.

Meteor. Am Freitag (5. d. M.) Abends nach 8 Uhr wurde hier eine sehr hell leuchtende Feuerkugel gesehen, welche in der Richtung von Westen nach Osten flog, und einen langen leuchtenden Schweif hinterließ. Die große Feuerkugel, welche am 30. Januar 1868 hier gleichfalls sichtbar war, und von welcher der bedeutende Meteorsteinfall bei Pultusk herrührte, flog ziemlich in derselben Richtung.

Er. Aus dem Ruter Reife. [Märkisch-Posener Eisenbahn.] Ueber den Eröffnungstermin der märkisch-Posener Eisenbahn ist schon so Manches berichtet worden, was sich nicht bestätigt hat; neuerdings ist derselbe für den 15. Dezember d. J. angekündigt worden. Nach meinem Gewährenmann muß laut kontraktlicher Verpflichtungen die qu. Eisenbahn bis zum 1. Juli 1871 von dem Herrn Bauunternehmer an die märkisch-Posener Eisenbahngesellschaft fix und fertig übergeben sein, so daß von diesem Tage an der Verkehr auf derselben eintreten kann. Bis jetzt aber sind die Arbeiten an derselben so weit vorgeschritten, daß der Oberbau im Rohbau fertig ist. Was darunter zu verstehen ist, wollen wir einzeln durchgehen und bitte ich, das Folgende nur auf die Strecke Posen-Bentschen zu beziehen. Nehmen wir also erst die Schienenlegung. Diese ist zwar am 20. Sept., an dem Tage, an welchem bei der Station Eichenhorst zwischen Opalenica aus Neumontgen der sogenannte silberne Nagel bei der Verbindung der beiden letzten Schienen eingeschlagen wurde, vollendet worden, doch fehlte derselben noch die den Schwellen und Schienen eine feste und sichere Lage verschaffende Verpadung durch Kies, welche erst vor ungefähr 4 Wochen begonnen hat und bis zum 15. Dezember beendet sein soll. Es sind zu dieser Arbeit 3 Maschinen in Thätigkeit, welche den erforderlichen Kies, 36,000 Schachteln, aus dem dem Rittergutsbesitzer Hrn. Gerlitz gehörigen tolllosen Rieslager bei Skrzynki holen, indem ein Zweifstrahl, welcher in die Anhalteliste Strzyski einmündet, bis in das Rieslager hineingelegt ist. Der Herr Gerlitz macht dabei ein gutes Geschäft, da ihm die aufgeschüttete Schachteln Kies, ohne daß er einen Arbeiter dazu zu stellen braucht, 15 Sgr. bringt, was für 36,000 Schachteln die Summe von 18,000 Thaler ausmacht, die der sonst gut situierte Herr zur Verbesserung seines Gutes, besonders seiner Wirtschaftshäube zu verwenden die Absicht haben soll. Doch kommen wir nach dieser kleinen Abweichung wieder zur Sache und untersuchen wir die Brücken. Diese erscheinen den nicht fachkundigen Beobachter als vollendet; es sind auf ihnen Schwellen und Schienen gelegt, doch werden diese vorläufig nur von interimistisch aufgestellten Jochen und Holzgerüsten getragen, die doch sicherlich vor der Uebergabe durch eiserne Tragbalken werden ersetzt werden müssen. Die Bahnhofsgebäude, als: Empfangsgebäude, Güterschuppen und Wasseranstalten, so wie die Wärferschuppen, sind ebenfalls erst im Rohbau fertig; es fehlen die Thüren und Fenster und der innere Putz. Die auf Bahnhofsputz schon fertige Wasseranstalt, welche sich als zu klein und zu schwach herausgestellt hat, muß umgebaut werden. Die ganze Bahnstrecke von Posen bis Bentschen ist also, wie man so sagt, erst bis zum Auspucken fertig und wohl an eine Verkehrseröffnung am 15. Dezember noch nicht zu denken.

Er. Gräß, 8. Novbr. In der verflochtenen Nacht wurden wir um 1 Uhr durch Feuerfignale aus dem besten Schlafe aufgeschreckt. Es brannte in der Pinnischen Eßig- und Spiritfabrik und waren in Folge des schadhast gewordenen und an eine nicht massive Wand unmittelbar anstoßenden Schornsteines die Wände der Wand in Brand gerathen, doch wurde das Feuer von zur Rettung herbeigeeilten Männern, noch ehe es zum Ausbruch gelangen konnte, unterdrückt und gelöscht. — Als Kuriosum kann ich noch berichten, daß zu der letzten ordentlichen Generalversammlung des hiesigen Turnvereins pro Novbr. nur ein einziges Mitglied, und zwar der Schriftwart, sich eingestellt hatte. Die übrigen Mitglieder hatten sich durch das in der That sehr häßliche Wetter und durch den schlechten Weg zum Vereinslokal abhalten lassen, freilich kein ausreichender Grund für „Turner“. Aber die Turnstunden am Mittwoch sind ebenfalls schwach besucht.

Wissa, 6. Nov. Die Frequenz des hies. kgl. Gymnasiums ist trotz der in der jüngsten Zeit erfolgten Errichtung einer neuen höheren Unterrichtsanstalt in unserer Nähe Schrimm und der Erweiterung anderer bereits bestehender in steter Zunahme begriffen und erreicht gegenwärtig die Höhe von 340 Schülern, eine Zahl, die in diesem Jahrhundert die Anstalt noch nicht erreicht hat. In Folge dieser gesteigerten Frequenz mußte schon vor mehreren Jahren eine Theilung der Quarta, im vorigen Jahre eine Theilung der Untertertia vorgenommen werden. Jedenfalls giebt dieser Zubrang zu den höheren Bildungsanstalten ein erfreuliches Zeugnis von der fortschreitenden Kultur auch in unserer Provinz, was einfach schon aus dem Streben nach Errichtung neuer höherer Lehranstalten hervorgeht, obwohl nicht geläugnet werden kann, daß dieses Streben überall von einheitlichem Partikularismus und Eigennutz frei ist. Die Stelle des im vorigen Monate von hier abgewandenen Oberlehrers Dr. Steuoloff nach Lemgo (Fürstenthum Lippe-Deimold) ist durch ein

Aufrufen der ihm nachfolgenden ordentlichen Lehrer ersetzt worden. In hiesigen Kreisen glaubte man sich der Hoffnung überlassen zu dürfen, es werde nunmehr der seit fast 22 Jahren an der Anstalt wirkende, aber erst vor 2 Jahren in die Stellung eines ordentlichen Lehrers getretene Gymnasiallehrer Döplig, bekanntlich mosaischen Glaubens in die offen gewordene Oberlehrerstelle rücken. Es wäre dies allerdings ein geeigneter Moment gewesen, den Verdiensten des Mannes, der sein kräftiges Mannesalter ohne feste Anstellung der Anstalt gewidmet, gerecht zu werden, da inzwischen nicht nur mehrere von den gleichzeitig mit ihm ins Lehramt getretenen Kandidaten, sondern selbst Schüler von ihm die Stellung von Direktoren eingenommen; die hohen Schulbehörden waren hierin anderer Ansicht. — Dr. Strouberg, bekanntlich jetziger Besitzer der Herrschaft Wissa, scheint für seine ausgedehnten industriellen und spekulativen Unternehmungen nicht Kräfte genug gewinnen zu können. Einer seiner umsichtigsten Beamten, der mit der Administration der hiesigen Herrschaft betraute Inspektor Graf wurde plötzlich von hier abberufen und nach Berlin versetzt. Der Uffizier Volkswitz läßt ihn zum Gouverneur der Festung Antwerpen, die Dr. Strouberg jüngst durch Kauf an sich gebracht, ernannt sein. — Der hiesige (Kosten-Fraustädter) landwirtschaftliche Verein, dem sich in der jüngsten Zeit auch der Kröbner Kreis angeschlossen, wird am 17. d. hier wieder tagen. Von den vielen zur Verhandlung resp. zur Verhandlung kommenden Materialien und Fragen, welche die Tagesordnung nachweist, heben wir hervor: a) die Erhebung des Chausseegeldes abschriftlich einen beträchtlichen Theil der hierdurch einkommenden Gelder; was ist zu dessen Beseitigung zu thun? b) Wodurch wird die Kasse der Kammern verurteilt, und wie wird dieselbe am schnellsten beseitigt? c) Erscheint die Anlaß von Klee und Kleegetras im Herbst zweckmäßig, event. unter welchen Verhältnissen? d) Wie sind die erfrorenen Kartoffeln und Rüben am zweckmäßigsten zu verwerten, insbesondere in Wirtschaften, welche keine Brennerei besitzen? e) Begründung der Unrathsamkeit des Roggenbaues nach Kartoffeln. f) Welchen Nutzen gewährt das Dämpfen des Futters, in specie, ist es vortheilhafter die Kartoffeln roh oder gedämpft zu verfüttern? welche Einrichtung ist für Brühfütter und gedämpftes Futter zu empfehlen. g) Gewährt der Anbau der Kornweide einen erheblichen Ertrag? welche Weidenarten sind hierfür zu empfehlen, und welche Sozialitäten eignen sich dazu? h) Wie ist mit Rücksicht auf den hohen Preis der Kapschen und dem meiste unzureichenden Vorrath in unseren Wirtschaften die Ernährung des Viehes, speziell des Rindviehes am zweckmäßigsten einzurichten. Einen kurzen Bericht über die Resultate dieser Verhandlungen behalte ich mir vor.

o Meseritz, 6. Nov. Heute fand unter dem Vorsitz des Hrn. Schul-Inspektors Djaloson Vater in dessen Wohnung eine Konferenz statt. An derselben nahmen alle Lehrer der hiesigen evang. Stadtschule Theil. Den Gegenstand der Konferenz bildete eine Abhandlung des Lehrers H. über den „Frageunterricht“. Derselbe sprach zuerst über die verschiedenen Lehrformen im Allgemeinen, eingehender alsdann über die fragende Lehrform. Auf Grund des Studiums pädagogischer Werke über diesen Gegenstand stellte er zuerst die fehlerhafte Fragenbildung und sodann die richtige zusammen. Als vorzugeweise fehlerhaft wurden allgemein die Fragen angenommen, in welchen der Lehrer die eine Hälfte der Antwort anführt und die andere von den Kindern vollenden läßt, sodann auch die Fragen, welche mit einem bloßen „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten sind. Es wurde jedoch angegeben, daß Fragen letzterer Art nicht immer zu vermeiden sind. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes wurde derselbe lebhaft besprochen auch in Bezug auf die Behandlung der biblischen Geschichte. Von dem Herrn Vorsitzenden in freundlicher Weise bewirthe, blieben die Konferenzmitglieder noch bis 10 Uhr Abends in vertraulicher Unterhaltung beisammen und manches Anregende und Belehrende wurde ausgetauscht. Den Hauptgegenstand derselben bildete die Frage, wie unsere Schule den Anforderungen, welche das Leben an sie stellt, zu genügen im Stande sei. Innerlich befreit durch das kollegialische Beisammensein und neu angeregt für ihren wichtigen Beruf verließen alle Mitglieder die Konferenz.

N. Samter, 8. Nov. (Der Fahneide und die Verfassung) Einige Unteroffiziere des hiesigen Bataillons und Landwehrstammes waren beim kgl. Kreisgerichte mit der Bitte um Beschäftigung gegen Kopialien eingekommen. Diefelbe wurde gewährt, doch mußten die Unteroffiziere den, den Gerichtsbeamten vorgeschriebenen auf die Verfassung lautenden Dienstleid leisten. Die resp. vorgelegten Militärbehörden erfuhren dieses und vermerkten es übel. Die Unteroffiziere wurden mit Rüge und dem Bedenken, daß jener Eid sich nicht mit ihrem Fahneide vertrage, angewiesen, ihr Verhältniß beim kgl. Kreisgericht sofort zu kündigen. Das kgl. Kreisgericht war dem jedoch schon zuvorgekommen und hatte ihre Entlassung bereits verfügt. Wir nehmen diese Korrespondenz auf mit dem Wunsche, eine Widerlegung derselben zu erhalten, denn uns will die Motivirung, daß der Fahneide unverträglich sei mit einem Eid auf die Verfassung gar nicht möglich erscheinen. Wer den Fahneide schwört, der schwört ja Treue dem Könige, nicht dem absoluten sondern dem konstitutionellen Könige, welcher die Verfassung beschworen hat. Red. d. Pol. 3.

A. Samter, 8. Nov. Die Reparaturen am jüdischen Schulgebäude sind seit wenigen Wochen endlich beendet, und der Unterricht, der fast den ganzen Sommer hindurch ausgesetzt gewesen, hat wieder begonnen. Wie jedoch schon im ev. Schulhause, so macht sich auch hier nun der Fehler bemerkbar, daß die Defen sich nicht heizen lassen wollen, ein Uebelstand, dem abzuhelfen wohl nöthig ist. — Der Besitzer des Hotels „Eldorado“, der schon im Frühjahr eine Sommerbühne in seinen Garten hinstellen ließ, baut jetzt seinem Saale eine Winterbühne an. — Vor wenigen Tagen ereignete sich hier durch unrichtige Behandlung einer Petroleumlampe ein bedauerlicher Unfall. Eine junge Dame füllte das Bassin ohne die Flamme vorher zu löschen. Sofort erfolgte eine Explosion, in Folge deren merkwürdiger Weise nicht die Dame, aber ein kleiner dabei stehender Knabe auf schreckliche Weise verletzt wurde. Ein besonderes Glück ist es, daß derselbe, während das Gesicht vollständig mit Brandwunden bedeckt wurde, die Augen unbeschädigt geblieben sind. — Der frühzeitige Winter hat auch hier eine Menge Kartoffeln verdorben. Dem Dominium Samter allein sind zwei große Schläge eingefroren.

o Schroda, 7. Nov. Der hiesige katholische Propst Weyhan, wohnhaft in Topola, unweit Schroda, feierte sein fünfzigjähriges Jubiläum am 5. d. M. als römisch-katholischer Geistlicher. Er war früher Propst in Wonnagora, damals Vorkaplan des Rittergutsbesitzers und polnischen Divisions-Generals v. Dabrowski, welcher zugleich Patron der hiesigen katholischen Pfarrkirche ist, und durch dessen Präsenz er vor ca. 40 Jahren Propst hieselbst wurde. Der Jubilär ist 75 Jahre alt, noch sonst wohl an Geistes- und Körperkräften, seit 6 Jahren mit dem Titel eines geistlichen Kammerherrn II. Klasse Sr. Heiligkeit des Papstes Pius IX. in Rom beehrt, als solcher beehrt, das kirchliche prachtvolle Staatskleid mit goldener Kette und Schlüssel bei außerordentlichen Feiertagen zu tragen. Nach einem solennem Gottesdienste, an welchem 13 verschiedene Geistliche und der Hr. Weihbischof, Prälat Stefanowicz, sich betheiligten, und nach Empfang und Entgegennahme vieler Glückwünsche, beschloß diesen Tag ein Diner, an welchem jedoch nur geistliche Herren von nah und fern Theil nahmen, und eingeladen gewesen waren. — Die hiesige evangelische Kirche, welche früher ein Dominikaner-Kloster war, wurde durch die Gnade des Königs Friedrich Wilhelm III. der hiesigen evangelischen Kirchengemeinde geschenkt, welche am Gottesbause mit 2 Gärten, und die dazu gehörigen 212 Morgen Ländereien im Jahre 1827 der hiesigen katholischen Schule zum Eigentum überwießen. Seit einigen Jahren werden neue Kirchenbau-Beiträge von den Eingepfarrten gesammelt, und ist nun dieser Baufonds bis zu ca. 1500 Thlr. angewachsen. In einer stattgefundenen Parochianerversammlung wurden Propositionen dahin gemacht, ein ansehnliches Pfarrhaus und eine neue Kirche, ja sogar nur das erstere zu bauen, da eine zugehörige Predigerwohnung nicht gefunden werden könnte, und die Kirche, wie ein Mitglied äußerte, von wenigen Eingepfarrten nur besucht würde, daher zum Gottesdienste ausreichend sei. Allein die Pfarrgemeinde läßt sich davon nicht abbringen, nur vorläufig die Kirche zu bauen, die an und für sich schon einen Kostenaufwand von 10—12,000 Thlr. erfordern würde, man meint, daß die Kirchengemeinde klein, deren Mitglieder nicht sehr präkationsfähig, und daher nicht ein zusehen sei, zwei Bauprojekten ohne ausreichend dazu habende materielle Mittel in Angriff zu nehmen, da das Pfarrwohnhause nicht unbedingt notwendig, die alte Kirche aber zu ungeräumig, ja sogar das Thor zu klein und ganz banfällig sei, zu dem Predigerhause, aber Stallungen und Scheune notwen-

dig seien, weil zu den Pfarr- und Revenuen Laudemien gehören, die jetzt verpachtet seien. Es wird also nur der Kirchenbau im Jahre 1871 in Angriff genommen werden, da sich mit 1800 Thaler kaum die notwendigen Materialien ankaufen lassen würden, Öffnung aber vorhanden ist, daß die Gustav-Adolf-Stiftung auch hierher, so wie die hohe Landesregierung eine Baubillie, selbst wenn letztere auch zinspflichtig werden würde, gewähren wird, und zwar dieses um so mehr, weil die hiesige Gemeinde schon einmal ein Grundvermögen im Werthe von 4000 Thlr. (Laudemien) dem Gustav-Adolfverein zu danken hat, denn sonst wäre sie nicht im Stande, das Kirchen-System mit einem eigenen Pfarrer zu behaupten. Unerwähnt kann nicht bleiben, daß eine noch andere Proposition, das neue Pfarrhaus auf die Laudemien, also entfernt von der Stadt zu erbauen, aus einleuchtenden Gründen gar nicht erst in Betracht gezogen wurde.

— a — Bronze, 8. Nov. Wie schwer es selbst der Bahnverwaltung wird, sich zu Verkehrsvereinfachungen, wenn sie nicht direkt den Bahnbetrieb betreffen, namentlich aber zur Unterhaltung guter Verbindungsstraßen nach dem Bahnhofs zu entschließen, selbst wenn Zweckmäßigkeit und moralische Verpflichtung offenbar dafür sprechen, davon haben wir in Bronze einen guten Beweis. Die kurze Straße von der Stadt nach dem Bahnhofe befand sich seit Jahren im desolatesten Zustand, so daß sie bei Nacht und Winterzeit, zumal auch die nötige Beleuchtung fehlte, nur mit großer Gefahr zu passieren war. Tropdem verschlugen alle über hier schon vorgekommene Unfälle erhobenen Klagen nichts. Endlich, nachdem wohl die Staatsbehörde Veranlassung genommen haben mochte, die Sache ernstlich in die Hand zu nehmen, wurde, von der Bahnverwaltung im Sommer allen Erntes Anstalten getroffen, die kurze Straße chaotisch zu lassen. Und demnach sollte unsere Hoffnung, noch vor Eintritt des Winterts eine bequeme Passage nach dem Bahnhofe zu haben, bitter getäuscht werden. Man hat es in der ganzen Sommerzeit endlich mit den Arbeiten so weit gebracht, daß in der vergangenen Woche die Steinlage beginnen konnte und hängt nun, wie man sieht, die Vollendung der Straße von der Gunst der Witterung ab, so daß das Publikum, sobald wie zu erwarten steht, anhaltender Frost eintritt, sich mit der elendsten Passage von der Welt schon noch wird behelfen und mit dem Besserwerden bis zum nächsten Sommer vertrösten müssen. Doch giebt es ja kein positives Uebel in der Welt und hat die Verzögerung des Bessers wenigstens doch das Gute, daß für die Zeit des Oberbaues der Straße die Strecke durch vier Laternen erleuchtet wird. Offenbar wird die Bahnverwaltung zur Unterhaltung einer permanenten Beleuchtung in der Zeit der Ankunft der Züge zu bewegen sein. Daß diese aus freien Stücken einen Kostenaufwand von vielleicht 20 Thlr. jährlich für Beleuchtungsmaterial zu Gunsten des Publikums auf sich nehmen werde, will man hier nach bisherigen Erfahrungen stark bezweifeln. — Leider gehört die ebenso dringend notwendige Chauffierung der Straße von der Stadt nach dem Güterschuppen, welche dem Vernehmen nach der Kirche ausführen lassen will, noch ganz und gar zu den frommen Wünschen. Für diesen Winter ist freilich an den Beginn dieser Arbeiten gar nicht mehr zu denken. Wähten aber die Vorbereitungen zu dem Bau bis zum künftigen Frühjahr wenigstens so weit gediehen sein, daß alsdann mit diesem selbst begonnen und die Straße bald thunlichst vollendet werden könnte.

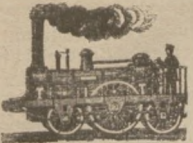
Vereine und Vorträge.

© In der Versammlung des Handwerkervereins am Montage (den 8. d. M.) legte Hr. Dr. Brieger seinen am vergangenen Montage begonnenen Vortrag über das Sehen fort. Es wurde zunächst erläutert, auf welche Weise die Gegenstände dem Auge dadurch, daß das Licht von ihnen reflektiert wird, sichtbar werden, und woher es kommt, daß die Gegenstände in verschiedenen Farben, und in verschiedener Lichtstärke erscheinen. Weiter wurde nun die Frage beantwortet, aus welchem Grunde wir die Ursachen der Lichtempfindungen nach außen verlegen und auf welche Weise wir zum Bewußtsein des Gegenstandes von Innen und Außen kommen? Von frühester Kindheit auf hat uns das Taftgefühl diesen Gegensatz gelehrt. Wir haben wir aber nun die Idee einer räumlichen Ausdehnung? Der Physiologe Joh. Müller erklärt dies aus der räumlichen Ausdehnung der Netzhaut, Helmholtz und Dove dagegen leugnen, daß die Netzhaut als etwas räumlich Ausgedehntes empfunden werde, und leiten die Idee der räumlichen Ausdehnung von unzähligen Erfahrungen ab, welche wir von der frühesten Jugend ab mittels der Tactempfindung machen. Woher sehen wir nun die Gegenstände aufrecht, da sie doch auf der Netzhaut umgekehrt erscheinen? Joh. Müller weist darauf hin, daß der Gegenstand des Aufrechthaltens und Umgekehrten ein relativer sei, und daß wir aufrecht das Aufrecht nennen, was, wie der Mensch, mit den Füßen auf der Erde stehe und mit dem Kopfe dem Weltall zugekehrt sei. Da der Mensch sich selber auf der eigenen Netzhaut verkehrt stehend erscheint, so wird Alles, was dieselbe Lage hat, als aufrecht stehend bezeichnet. So lernt der Mensch von frühester Kindheit an sehen, und zwar gleichzeitig mit Auge und Hand, bis Sehen und Greifen übereinstimmen. Setzt man eine Birne mit prismatischer geschliffenen Gläsern auf, so sieht man die Gegenstände mehr rechts oder links; schließt man dann die Augen, so wird man falsch greifen und zwar nach der einen Seite hin; nimmt man aber nach einiger Zeit die Birne ab, so wird man wiederum falsch greifen; und zwar nach der anderen Seite hin. — Der Vortragende erläuterte nun weiter, woher man die Dinge einfach sieht, während doch jedes Auge ein Bild empfängt. Die Empiristen, an ihrer Spitze Helmholtz, behaupten, es sei gleichgültig, ob wir ein oder zwei Bilder sehen; denn die Erfahrung von Jugend auf lehrt uns, daß wir nur einen Gegenstand vor uns haben. Die Nativisten dagegen, an ihrer Spitze Joh. Müller, weisen darauf hin, daß es auf den beiden Netzhäuten korrespondirende Punkte gebe, welche uns Alles, was wir auf denselben gleichzeitig sehen, einfach erscheinen lassen; auch finde eine Kreuzung der Augenerven in der Weise statt, daß Alles, was beide Augen auf der rechten Seite der Netzhaut sehen, in der rechten Hirnhälfte empfunden werde. — Der Vortragende wies sodann auf die Erscheinungen beim Stereoscop hin. Allerdings würde dasselbe uns nicht das körperliche Sehen klar machen, wenn wir nicht überhaupt von Jugend auf körperlich gesehen lernten, und zwar vermittelst des Auges und des Tactsinns. Durch die Erfahrung lernen wir, wie körperliche Dinge aussehen, und schließen unwillkürlich aus einem bestimmten Anblick, daß wir ein körperliches Ding vor uns haben. — Nach Beendigung dieses Vortrages theilte Herr Siegel mit, daß sich bis jetzt 27 Mitglieder des Vereins zur Theilnahme am Kränzchen gemeldet, und daß dasselbe am nächsten Sonnabende stattfinden werde, wenn sich bis dahin 40 Mitglieder unterzeichnet hätten.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Das eidgenössische Budget für 1870 sieht 22,201,500 Fr. Einnahmen und 22,530,400 Fr. Ausgaben vor, also einen Ausfall von 328,900 Fr. In Einnahme und Ausgabe gleich erscheinen die Postverwaltung mit 9,772,000, das Laboratorium und die Patronenfabrikation mit 1,360,900, die Telegraphenverwaltung mit 1,080,000 Fr. Die Zollverwaltung ist angesetzt mit 8,800,000 Fr. Einnahme und 5,337,200 Fr. Ausgabe, die Pulververwaltung mit 670,000 Einnahmen und 583,520 Ausgabe, das Polytechnikum mit 64,000 Einnahmen und 314,000 Ausgabe. Die Militärverwaltung erwartet 47,200 Fr. Einnahmen und 2,826,400 Fr. Ausgabe, nebst 21,100 Fr. für das Militärdepartement. Die allgemeinen Verwaltungskosten betragen 347,250 Fr., nämlich für die Bundeskanzlei 161,150, für den Nationalrat 90,000, den Ständerath 6600, den Bundesrath 61,000, das Bundesgericht 8500, die Militärdepotstellen 20,000. Die Departements (mit Einschluß des Militär-Departements) erfordern 1,675,460, darunter für das Innere 1,366,360, für das politische 204,000 Fr.

?? Petersburg, 5. Nov. Die Beförderung der Nikolabahnbrücke über die Wissa hat großen Schaden angerichtet und hemmt den Geschäftsverkehr. Die Passagiere müssen auf einer Fähre von einem Ufer zum andern befördert werden. Brückenschäden können bis zur Wiederherstellung der Brücke, die einige Monate erfordern wird, nur per Achse angefahren werden. Mit der größten Richtigkeit wird der Neubau der Brücke unter spezieller Leitung des Direktors der Nikolabahn, Hrn. Keng, betrieben werden. Schon sind der Minister des öffentlichen Verkehrs, Graf Bobrjanskij, und der Präsident der russischen Eisenbahngesellschaft, Graf Stroganow, an Ort und Stelle gewesen, um sich mit eigenen Augen von der Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßregeln zu überzeugen. „Sokol“ bringt eine Bekanntmachung der Eisenbahngesellschaft, wonach der Transport von Waaren über die Wissa vorläufig auf unbestimmte Zeit sistirt wird. Seiner Zeit wird publiziert werden, wenn Brücken mit der Nikolabahn über die Wissa wieder befördert werden können. Für Passagierbeförderung ist einstweilen eine interimsistische Holzbrücke nach amerikanischem Muster hergestellt worden. Die Brücke ist übrigens nicht ganz, sondern nur bis zum dritten Pfeiler vom Feuer zerstört worden. (Beilage.)



Der Artikel „Magnetit gemahlen“ wird fortan, entsprechend der Tarifierung von Magnetit in Stücken, in die ermäßigten Klassen II. B., II. C. und II. D. unseres Lokal-Güter-Tarifes vom 1. Mai c. versetzt.
Breslau, den 8. November 1869.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich **Freitag den 12. November c.**, von 3 Uhr Nachmittags ab, in der **Kemise des Herrn Speditur Schill, Magazinstrasse 1** belegen, eine große Partie **Gasröhren** öffentlich meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigern.
Rychlewski,
königlicher Auktionstommisarius

Wir erlauben uns den verehrten Mitgliedern mitzutheilen, daß das revidirte Statut unseres Vereins, in welchem den weitgehendsten Wünschen Rechnung getragen ist, in nächster Woche jedem einzelnen Mitgliede zugehen wird, damit dasselbe in der in kürzester Zeit anzuberaumenden General-Versammlung sämtlicher Vereins-Mitglieder zur Beratung und Annahme gelange.
Posen, den 9. November 1869.

**Der Vorstand und Aufsichtsrath
der Kranken-Verpflegungs- und Beerdigungs-
Gesellschaft.**

Naturzeichnen und Malen

im brillantesten Farbenspiele, können Erwachsene als auch Kinder vom 9. Jahre an, auch ohne Vorkenntnisse auf Papier, Seide, Holz, Marmor, Glas u. c. in 4 Stunden für 2 Thlr. gründlich erlernen (nicht Methachromatipie), wie die zur gefälligen Ansicht ausgelegten Schülerarbeiten zeigen. Die vielen Anzeigen in Breslauer Zeitungen 2 Monate, Berliner Zeitungen 9 Monate lang, haben schon Näheres enthalten. Außer dem Hause 5 Thlr. für 1 bis 2 Personen, schriftlich 3 Thlr.

D. Jaegermann und Töchter,
Logie: Hotel de Rome, Zimmer Nr. 30.

200,000 Ziegel

ab Bronze sucht das Dominium Dporowo bei Bronze.

Sonntag den 14. d. M. bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmehlender **Rehrücher Kühe** nebst Kälbern in **Reisers Hotel** zum Engl. Hof zum Verkauf.
J. Klakow, Viehhändler.



Der Verkauf von zweijährigen Sprungböcken aus hiesiger Stammschäfererei ist mit Beginn dieses Monats, zu der Wollkonjunktur angemessenen Preisen, eröffnet.
Dom. **Owiczki** bei Gnesen.

Größtes u. neuestes Lager von
Baschliks, Capotten, Corsets, Tricots für Herren u. Damen,
wollenen Strümpfen, Anstrickern u. Strickwolle
zu den billigsten Preisen bei
Max Heymann,
vorm. Z. Zadek & Co.,
5 Neuestraße 5.

Gaze Donna Maria in allen Farben, sowie sämtliche Zubehörsartikel empfehle zu billigen Preisen.
Max Heymann,
vorm. Z. Zadek & Co.,
5 Neuestraße 5.

Verpachtung.

Eine königliche Domäne in der Provinz Posen soll unter Genehmigung der Regierung auf 11 Jahre **sofort** schleunigst unter sehr günstigen Bedingungen abgetreten werden. Dieselbe ist gut bewirtschaftet und liegt in der Nähe der Bromberg-Inowracław-Posener Eisenbahn. Inventarium komplett und in gutem Zustande. Erforderlich ca. 30,000 Thlr. Geneigte Offerten sub **B. 7121** befördert die Annoncen-Expedition von **Rudolf Mosse, Berlin.**

Gutsverkauf.

Die **Wagemühle** bei Schöffen, bestehend aus 387 Morgen, darunter 30 Morgen gute Wiesen, eine Cylindermühlmühle m. 4 Mahl- und 1 Delgange, vollkommenen guten Wirtschafts- und Wohngebäuden, abgeschätzt auf 23,951 Thlr. 10 Sgr., soll am 22. d. Mts. an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden. Reellen Reflektanten kann ich günstige Kaufbedingungen nachweisen und wollen sich dieselben früher an mich deshalb wenden.
Salomon Levy in Wągrowiec

Epileptische Krämpfe (Fall-sucht) heilt der Spezialarzt für Epilepsie Dr. O. Killisch in Berlin, jetzt Mittelstrasse Nr. 6. — Auswärtige brieflich. — Schon über Hundert geheilt.

Edw. Fr. Scholl,
Civil-Ingenieur,
Berlin, Markgrafenstraße 107.

Technisches Bureau.

Entweder als **Sachwalter** der Herren Besteller führe ich sämtliche Verhandlungen bezüglich der Fabrikanlagen und alle Bauten, oder als **Lieferant** der Maschinen beziehe ich nur aus besten Fabriken des In- u. Auslandes, übernehme in beiden Fällen die Fertigung der Anlage bis zum Eintritt des garantierten guten Betriebes.

Als **Friseurin** empfiehlt sich den geehrten Damen
Niwczyk,
Wilhelmsstraße Nr. 16a.

Den Herren Landwirthen empfiehlt sich zur Uebernahme, resp. Ausführung von Drainage-Arbeiten, Wiesenbau, Aufnahmen von Nivellements, Drainage, Projekten und Anschlägen, sowie jeder Art Erdarbeiten

das **technische Bureau,**
Breslau, Leichstraße Nr. 12
von **A. Teschner,**
Techniker

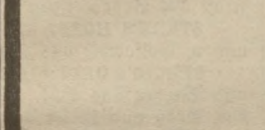
Als **praktische Waschfrau** in weißer Wäsche empfiehlt sich zu billigen Preisen Frau
Brzykowska,
Mühlenstraße 2 u. 3 im Hofe.

Ein Ober-Sekundaner wünscht noch einige Stunden zu geben. Nähere Auskunft erteilt Fr.
Nich. Reich, Markt- u. Bronzerstr. Ecke.

In dem **Jwno'r Walde** bei **Kostrzyn, Nevier Runce,** ist der Verkauf von stehenden tiefen **Bauhölzern** eröffnet, und findet derselbe täglich durch den Kaufmannsforster **W. Förster** daselbst zu festen, aber billigen Taxpreisen statt

Rambouillet-Voll- und Halbblut- wie **Mecklenburger Hammwoll-Wölke** (Vollbucker) zu festen Preisen verkauft die Stammschäfererei zu **Chwalkowo** (Poststat. Wierzyce). Die Rambouillet sind aus den besten französischen Heerden vor 3 Jahren angekauft. 10 Stück ausgebrachte französische Originalmuttern

sind ebenfalls verkäuflich.



Der Bockverkauf
auf der fürstlich Hohenloheschen Domaine
Slawentzitz O.-Schl.

aus der **Vollblut-Southdowner- und Vollblut-Negretti-Stammschäfererei**

beginnt am 8. November d. J. zu zeitgemäß erniedrigten Preisen; letztere ist Abstammung Wollin-Sternhagen, Zuchtungsprinzip, die jetzige Richtung, Wollreichtum, guter Wefas und edle Wolle. Anmeldungen nimmt entgegen

Weighardt, Wirtschaftsprüfer.

Sehr billig!

Seelenwärmer, Pellerinen, Kinderjackchen, Handschuhe, Westen, Shavels, Samaschen, Kinderschuhe, große und kleine Tücher, Hauben, Bandons, Knabenmützen, Mädchen in größter Auswahl zu bekommen in der Wollwaren-Fabrik

M. J. Guttmann,
Breitestr. 7, 1 Treppe.

Einzige Preis-Medaille in Bromberg 1868 und Königsberg i. P. 1869.

Jagd-Gewehre.

Fabrikat von **Jos. Offermann,** Büchsenmacher in Köln am Rhein.
Einfache Jagdgewehre . . . von 22 u. an,
Doppelte . . . 50 . . .
do. Damasc. und Patent . . . 10 . . .
Befaugen . . . 22 . . .
Revolver, Büchsen, Jagdgeräte jeder Art, empfiehlt in großer Auswahl, bei 14tägiger Probe und jeder Garantie.
Jos. Offermann's Filiale,
Königsberg i. P., Königsstr. 28.

Maschinenfabrik
von **G. Söhlmann**
in **Burzen** bei Leipzig

empfiehlt sich zur Anfertigung von transportablen, liegenden und stehenden **Dampfmaschinen** nach den neuesten Systemen; Transmissionen jeder Größe; Kardholzraspeln; Mühlen- und Brenner-Einrichtungen, sowie allen landwirtschaftlichen Maschinen.
Bauart nachweislich solid und gut, Preise billig.

Eine eiserne Buchdruckpresse (fast neu), eine dito Steindruckpresse, sind w. Mangel an Raum bill. z. verk.
Off. u. W. J. 1813. n. d. Exp. d. S. entg.

Fr. Hechte u. Bander Donnerst. A. b. **Kleisthoff.**

Echten Rollen-Barinas
offeriert
S. Krause,
Breitestraße 22.



Chinesisches Haarfärbemittel.

à Flacon 25 Sgr.
Die vorzüglichste Komposition, Haare, Bart und Augenbraunen in jeder für das Gesicht passenden, beliebigen Nuance sofort echt zu färben. Das Flacon ist mit der Firma gestempelt, welches sehr zu beachten bitten.

Orientalisches Enthaarungsmittel.

à Flacon 25 Sgr., entfernt ohne jeden Schmerz oder Nachtheil selbst von den zarresten Hautstellen Haare, die man zu beseitigen wünscht. Die bei dem schönen Gesicht bisweilen vorkommenden Bartspuren, zusammen gewachsenen Augenbraunen, tiefes Scheitelhaar, werden dadurch binnen 15 Minuten beseitigt.
Fabrik von **Rothe & Co.** in Berlin, Kommandantenstraße Nr. 31.
Die alleinige Niederlage befindet sich in **Posen bei Herrn Herrn. Moegelin,** Bergstraße 9, Ecke der Wilhelmsstr.

Frisch geschossene Rehe
sind zu verkaufen im
Hôtel de France.

1000 Stück

Dresdner

Martinschörner,

à 2 1/2 Sgr.,

erhalte per Gültgut morgen.

F. Fromm,

Capiehaplatz 7.

Martinschörner

empfiehlt in allen Größen.
R. Neugebauer,
Wilhelmsplatz 10. Breitestraße 15.

Martinschörner

in verschiedener Größe und Füllung, empfiehlt die Konditorei von

W. Taranczewski,
vis-à-vis der Post.

Martinschörner

in allen Größen mit verschiedener Füllung empfiehlt

H. Wolkowitz,
Konditor.
12. Wilhelmsplatz 12.

Martinschörner

empfiehlt die Konditorei von

F. Rudzki,
Gr. Gerberstraße 41.

Martinschörner

mit Mandel- u. Mohnfüllung in verschiedenen Größen empfehlen

J. P. Beely & Co.,
Schweizer-Konditoren.

Martinschörner

empfiehlt **S. Sobeski,**

Wilhelms- u. Neuestr.-Ecke.

Martinschörner

empfiehlt die Konditorei von

N. T. Handt,
Berliner- u. Ritterstr.-Ecke.

Martinschörner

empfiehlt die Konditorei von

A. Pfitzner,
am Markt.

Frankfurter und sonstige Original-Staats-Prämien-Loose sind gegeslich zu spielen erlaubt!

Man biete dem Glücke die Hand!

100,000 Thaler

als höchsten Gewinn bietet die **Neueste große Geld-Verloosung**, welche von der hohen Regierung genehmigt und garantiert ist.

Das Grundkapital, im Betrage von
Einer Million Fünfund Hundert Achtzig Tausend Fünf Hundert Thaler

wird mittelst Gewinnziehungen planmäßig an die Interessenten unter Staatsgarantie zurückbezahlt.

25,000 Gewinne kommen in wenigen Monaten zur **sicheren Entscheidung**, darunter befinden sich Haupttreffer von
Thlr. 100,000. 60,000. 40,000. 20,000. 15,000. 12,000. 10,000. 8,000. 6,000. 5,000. 4,000. 3,000. 2,000. 1,500. 1,300. mal 1000. 400. 200. 100 u.

Es werden nur Gewinne gezogen und geschieht die Auszahlung derselben stets prompt nach jeder Ziehung durch direkte Zusendungen oder auf Verlangen der Interessenten durch unsere Verbindungen an allen größeren Plätzen Deutschlands.

Schon am 17. und 18. November a. e. beginnen die nächsten Gewinnziehungen.

1 viertel Original-Staatsloos kostet Thlr. 1. —
1 halbes 2. —
1 ganzes 4. —

gegen Einsendung (Posteinzahlung) oder Nachnahme des Betrages. Wir versenden nur die wirklichen Original-Staats-Loose (keine verbotenen Promessen). Jeder Bestellung wird ein amtlicher Plan gratis beigelegt und nach den Ziehungen den Teilnehmern prompt amtliche Listen übermittelt.

Unser Haus, durch Auszahlungen der zahlreichsten und bedeutendsten Gewinne allseits bekannt, wurde von der zuständigen Behörde mit einem Haupt-Debit dieser Original-Staatsloose betraut und haben wir Einrichtungen getroffen, daß alle Aufträge, selbst die kleinsten, nach den entferntesten Gegenden von uns **sofort** ausgeführt werden.

Vorausichtlich kann bei einem solchen auf der **solidesten Basis** gegründeten Unternehmen überall auf eine sehr rege Beteiligung mit Bestimmtheit gerechnet werden, man beliebe daher schon der **nächsten Ziehung halber** alle Aufträge **baldisgt direkt** zu richten an

S. Steindecker & Comp.,
Bank- und Wechselgeschäft
in **HAMBURG.**

Alle Arten Staats-Obligationen, Eisenbahn-Aktien, insbesondere die bekannten kleinen Anleihenloose und alle wirklichen Original-Loose, deren Verloosungen von den Staatsregierungen und amtlich vollzogen werden, sind stets **billigst** direkt von uns zu beziehen.
D. D.

Das große Loos

von **Zweihundert Tausend Gulden**

sowie weitere Gewinne von fl. 50,000; 25,000; 2 mal 20,000; 2 mal 15,000; 2 mal 10,000 u. c. kann man auch diesmal wieder erlangen in der von Königl. Preuss. Regierung genehmigten und somit in der ganzen Königl. Monarchie erlaubten **Frankfurter Stadtlotterie**, deren Gewinnziehung 1. Klasse **schon am 1. und 2. Dezember** stattfindet. Der Unterzeichnete hält hierzu seine bekannte glückliche Haupt-Rolle mit ganzen Loosen à Thlr. 3. 13. Halben à Thlr. 1. 22. Vierteln à 26 Sgr. (Pläne und Listen gratis) gegen Einsendung oder Nachnahme des Betrages bestens empfohlen.

Der bestellte Haupt-Kollektor.

Rudolph Strauss,

in Frankfurt am Main.

Durch direkte Beteiligung an meiner Haupt-Kollekte genießt man den Vortheil, von Schreibgeld-Berechnung u. ganz verschont zu bleiben.

